

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24½ Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Inserate
1½ Sgr. für die fünfgespal-
tene Seite oder deren Raum,
Reklamen verhältnismäßig
höher, sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an denselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 7. April. Se. Majestät der König haben Allernädigst ge-ruht: Dem Kreisgerichtsrath, Kanzleirath Graswurm zu Uhl, dem Stadt-ältesten Rücker zu Wittenberg und den emeritirten evangelischen Pfarrer Grimm zu Ringerberg im Kreise Rees, den Roten Adlerorden 4. Klasse, dem Kaufmann Lewine zu Berlin, dem kaiserl. östreich. Konsul Borchart zu Mostau und dem Feldwebel-Sergeanten Bandt der Schloßgardekompanie den königl. Kronenorden 4. Kl., sowie dem Regierungsboten Bergemann zu Arnberg das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; den Oberlehrer Dr. Hassler von der Mittlerakademie in Brandenburg zum Direktor des evangelischen Gymnasiums in Glogau; sowie die Kreisrichter v. Nigner und Sonzal a. in Glad, Irmer in Prausnitz, v. Rosenberg-Lipinsky in Niemtsch, von Rosenberg-Lipinsky in Breslau, Schüsse in Tschadenberg und v. Roedichen in Dels zu Kreisgerichtsräthen zu ernennen, den Reichsanwälten und Notaren Speck in Landeshut, Körb in Breslau, Schneider in Brieg, Bassong in Frankenstein und v. Prittwitz-Gaffron in Brieg den Charakter als Justizrat, dem Stadtgerichts-Depositär-Kassenrathen Hirschwald in Breslau den Charakter als Rechnungsgericht und dem Kreisgerichtsrath Körner in Dels, sowie dem Stadtsekretär Neumann in Breslau den Charakter als Kanzleirath zu verleihen.

Telegramme der Posener Zeitung.

Paris, 6. April Abends. Im heutigen Abendgeschäft auf dem Boulevard war die Rente in Folge beunruhigender Gerüchte zu 66,00 angeboten. Man sprach von einer nach Berlin gegangenen Note, erzählte, daß Marschall Mac Mahon nach Paris berufen sei und befürchtete eine kriegerische Wendung unserer Politik.

Paris, 7. April Nachmittags 3 Uhr. Auf dem Boulevard wurde die Rente bei sehr bewegtem Geschäft zu 66,50, italienische Rente zu 51,40 gehandelt. Die anderen Wertpapiere waren sehr angeboten und sind deren Notirungen nicht möglich. Die Kriegsbefürchtungen dauern fort.

Paris, 7. April, Nachmittags 5 Uhr 30 Minuten. In den Departements ist eine ministerielle Affiche verbreitet, welche die Nachricht dementirt, daß die Regierung an Preußen ein Ultimatum gerichtet habe. Die "Patrie" enthält dasselbe Dementi und bestreitet ferner die Verufung des Marschall Mac Mahon, so wie die gerichtsweise behauptete Bildung eines Lagers von 100,000 Mann an der Ostgrenze. Sie stellt ferner in Abrede, daß eine Anleihe von 300 Millionen bevorstehe. Andererseits hält die "Patrie" für erforderlich, daß Preußen auf Luxemburg vollständig Verzicht leiste.

Der "Moniteur" schweigt über die Situation. Die "Liberté" behauptet, Marschall Forey gehe morgen nach dem Lager von Châlons ab.

Florenz, 6. April, Abends. Beim Empfang der von beiden Kammer überreichten Adressen teilte der König mit, daß er Nat-tazzi mit der Bildung eines Ministeriums beauftragt habe, welches die Versöhnung zwischen Regierung und Parlament herbeiführen solle. Der König hob ferner hervor, daß von allen augenblicklich vorliegenden Aufgaben die Finanzfrage die wichtigste sei; er sei von der Bedeutsamkeit derselben derart durchdrungen, daß er sie persönlich zum besonderen Gegenstande seiner Prüfung mache.

Petersburg, 7. April, Morgens. Das "Journal de St. Petersburg" sagt Angefischt der überstürzten Urtheile der inländischen Presse über die Abtreitung der russischen Besitzungen in Nordamerika, daß man erst die Details, die Ursachen und die Tragweite dieser Angelegenheit kennen müsse. Vorläufig könne man blos sagen, daß eine für beide Theile vortheilhafte und die erworbenen Rechte achtende Transaktion wahrscheinlich sei. Es würde sich darum handeln, die ostsbirischen Häfen zu begünstigen, den Kolonisten, welche wir nicht gebührend auszubuten vermochten, Aufschwung zu geben und den beiderseitigen handelspolitischen Interessen im stillen Ozean vollkommene Genugthung zu gewähren.

Sonst in Florenz, 6. April. Domer-Pascha wird statt des Oberkommandos in Thessalien das in Kandia übernehmen.

Der hiesige russische Gesandte, Generalleutnant und Generaladjutant des Kaisers von Russland, Ignatief, ist zum Range eines außerordentlichen Botschafters erhoben.

Die Luxemburger Frage

welche durch die Telegramme aus dem Haag für einige Zeit abgelaufen schien, macht gerade jetzt in Paris entzündlichen Rumor. Man könnte die Erklärung des holländischen Ministers von Thorbecke, daß sein König den Handel aufgegeben habe, so deuten, daß sich die holländische Regierung nur von den direkten Unterhandlungen einstweilen zurückziehe, welche zwischen Frankreich und Preußen beginnen sollten und in der That begonnen haben. Daß Louis Napoleon ernstlich nach dem Besitz Luxemburgs strebt, ist unzweifelhaft, ob er ihn mit Gewalt erzwingen wird, möchte sich weniger bestimmt sagen lassen. Jedenfalls wird er alle diplomatischen Minen sprengen lassen.

Nach Wiener Nachrichten sind die Repräsentanten Frankreichs an den fremden Höfen seit mehreren Tagen im Besitz eines Rundschreibens welches speziell die Luxemburger Frage behandelt und den Nachweis versucht, daß Frankreich die ehemalige Bundesfestung, die Natur des Deutschen Bundes begründeten rein defensiven Charakter abgestreift, in den Händen Preußens als eine unmittelbare und permanente Bedrohung der französischen Grenze betrachten müsse.

Andererseits spricht man von einem Rundschreiben an die preußischen Gesandtschaften, von dessen Thon die "Wes. Ztg." eine jedoch wenig beglaubliche Analyse gegeben hat.

Daß die preußischen Gesandten instruit sind, wäre an sich ganz wahrscheinlich, und die Antwort des Grafen Bismarck im Reichstage auf die Bennigsen'sche Interpellation wird einen Anhalt zur

Beurtheilung des Inhalts dieser Instruktion gewähren. Es läßt sich daraus folgern, daß Preußen eine ganz bestimmte Stellung zu der Affaire Luxemburg hat.

Anders in Paris. Vor einigen Tagen wurde berichtet, daß die kaiserlichen Minister sich für das Aufgeben Luxemburgs erklärt hätten, der Kaiser aber auf der Erwerbung beharre. Diese Nachricht wird heute wiederholt, daneben aber die Friedfertigkeit des Kaisers betont. Beides verstehen wir gegenüber den preußischen Erklärungen nicht zu reimen. Allem Anschein nach ist die Pariser Vorhersage Panique nicht ganz grundlos; es muß etwas mehr in der Luft schwelen, als die Luxemburger Frage; man will dies u. A. aus der außergewöhnlichen Aufregung des Grafen Bismarck in der Sonnabend-Sitzung des Reichstages folgern, aus welcher der Minister-Präsident in einem fort abgerufen wurde. Wenn die "Trierische Ztg." gut unterrichtet ist, so dauert die französische Wühlerei in Luxemburg trotz der Thorbecke'schen Erklärung ungehindert fort; dem Blatte wird aus Luxemburg unterm 2. geschrieben:

Ein gewisser Baron von Voigne weilt bereits mehrere Tage in Luxemburg. Derselbe bekleidete früher eine Stelle im französischen Ministerium des Innern, war später Verwalter der Eisenbahn Wilhelm-Luxemburg und wurde in letzter Zeit von der französischen Regierung mit verschieden geheimen Missionen betraut. Er hat sich bereits mit mehreren einflußreichen Persönlichkeiten in Verbindung gesetzt, um zu berathen, wie die materiellen Interessen des Landes bei der Abtretung am besten gewahrt werden könnten. Selbst mit Regierungsmitgliedern hatte er Privatkonferenzen. Seine Mission ist eine officielle. Dies geht hervor aus einem Schreiben des französischen Ministers v. Lavalette, welches er mit sich führt und schon mehrfach an verschiedenen Orten vorgezeigt hat. Er sucht geflissentlich überall den Irrthum zu verbreiten, als je die Gejagte Luxemburg bereits eine vollendete und unwiderrufliche Thatache. Dies Mittelchen, welches seit vierzehn Tagen von allen in- und ausländischen Agenten Frankreichs benutzt wird, hat zum Zweck, die Entmuthigung immer größer zu machen und auf diese Weise jede nationale Demonstration im Heim zu ersticken.

Ein soeben ausgegebenes Extrablatt des "Land" äußert sich: "Von sehr gut unterrichteter Seite wird uns versichert, daß die Abtretung Luxemburgs an Frankreich beschlossene Thatache ist. Es ist für das Land von Wichtigkeit im Klaren zu sein. Angesichts dieser bestimmten Nachrichten dürfen wir die Regierung auffordern, sich auszusprechen. Ihr Schweigen werden wir als eine Bestätigung der Thatache ansehen."

Dies ist zwar vor der offiziellen Haager Erklärung geschrieben, aber wenn die letztere von den Pariser Journalen vollständig ignoriert wird, so läßt sich vermuten, daß sie in den französischen Machinationen nichts geändert habe. Der "Abendmoniteur" schlägt beinahe den Ton des "Constitutionnel" an. Er erinnert an die Sympathie und die Rücksicht, welche Frankreichs Regierung stets Deutschland und insbesondere Preußen bezeugt habe. Es glaubt daher ein Recht auf Gegenseitigkeit zu haben. Diese Stelle ist, wie man hier erzählt, vom Kaiser selber gebraucht gegenüber einem Diplomaten, mit dem er die Frage besprochen hat. Man kann nicht läugnen, daß die preußische Regierung nur nothgedrungen einen Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland aufkommen lassen wird; diese Gerechtigkeit läßt man dem Grafen Bismarck widerfahren, und darum verzweifelt man in diplomatischen Kreisen noch immer nicht an einer gültlichen Beilegung der Differenz. Aber die Auffregung ist leider weiter gediehen, als zu wünschen wäre. Man spricht von der Möglichkeit eines Krieges so leicht hin, als wäre das ein Ereignis, dessen Folgen von irgend jemandem vorher berechnet werden könnten. Auch scheint es sich zu bestätigen, daß man im hiesigen Kriegsministerium sich auf den Fall eines Konfliktes vorbereitet. Die Feinde des Kaisers arbeiten an der Erweiterung des Zerwürfnisses. Die Orleanisten hegen Hoffnungen, die sie nicht laut auszusprechen wagen. Mittlerweile wird zwischen hier und Berlin eifrig verhandelt und der Telegraph ruht nicht.

Hoffen wir, daß uns vor dem Aufersten der klare Blick Louis Napoleons bewahren wird, dem schon jetzt nicht entgehen kann, daß er in dieser Frage ganz Europa gegen sich haben würde. Allgemein hat sich die Meinung aufgedrängt, daß Luxemburg dem Kaiser nur eine Etappe zu den in Frankreich keineswegs aufgegebenen "natürlichen Grenzen" ist, und diese Frankreich nicht zuzugeben, ist Europa ziemlich einig. Preußen braucht nicht zurückzuweichen. Alle Welt sagt ein Wiener Blatt, verdammst den Cynismus einer Politik, welche Europa auf Grund des Nationalitäten-Prinzipes neu aufbauen will und nun durch das Streben nach Einverleibung unbestrittenen deutschen Gebietes den von Frankreich so laut proklamirten Grundsätzen ins Gesicht schlägt. Auch Napoleon muß bedenken, daß unter solcher Konstellation der Krieg ein Wagnis sei und Krone und Szepter dabei leicht in Trümmer gehen können.

Wir schließen diesen Bericht mit einer Pariser Korresp. der "Kölner Ztg." vom 4. April. Die Regierungskreise bleiben mit unerklärlicher Sicherheit bei der Behauptung, Frankreich sei der Besitz Luxemburgs, ob mit oder gegen Preußen, gesichert. Das auswärtige Amt, verbürgt man, zeigt seit gestern eine so ungewohnte Energie in seinen Auslassungen, daß an dem festen Willen, selbst vor einer kriegerischen Möglichkeit nicht zurückzuschrecken, kaum ein Zweifel mehr erlaubt ist. (Das stimmt nicht mit anderen Nachrichten.) Moustier soll sich Anfangs wenig für den ganzen Handel erwärmt haben, da er bei seiner Kenntnis deutscher Verhältnisse im voraus prophezeit, Luxemburg werde für die Beziehungen Frankreichs zu Preußen dasselbe sein, was Schleswig-Holstein für Dänemark und Preußen geworden. Als eigentlich intellektueller Urheber der Frage gilt Rouher, der für sie den Kaiser zu interessiren wußte, während

er selbst nur den Triumph im Auge gehabt, der ihm geworden wäre, hätte er der Kammer die neue Erwerbung in fulminanter Rede anzeigen können. Wie gesagt, man stellt sich hier an, als ob noch nichts verloren sei, dementirt aber zugleich energisch das Gerücht, General Fleury, der ewige Jude unter den militärischen Diplomaten, sei in besonderer Mission nach Berlin gesandt worden. Inzwischen aber will man ersichtlich nur Zeit gewinnen, um sich und die Kräfte des Heeres zu sammeln. In den Arsenalen herrscht eine fiebrige Thätigkeit und neuerdings sind selbst englische wie belgische Fabriken mit Aufträgen bedacht worden, die in bestimmten nahen Lieferungsfristen ausgeführt sein müssen. Im Publikum aber, und das ist das Merkwürdigste, will sich die erhoffte chauvinistische Stimmung noch immer nicht zeigen. Das Volk blikt mit einer Art neugieriger Spannung auf die Entwicklung des kleinen Drama's, dem es bis zur Stunde noch kein nationales Interesse abgeworfen. „Ja,“ hört man oft sagen, „wenn es sich um die Rhein- oder Moselgränze, oder etwa um Belgien handelt, das lohnt sich der Mühe, aber ein kleiner Zipfel Landes wie Luxemburg ist patriotischer Erhitzung nicht werth.“ Dennoch aber wird man wohl thun, auf diese scheinbare Apathie, die zum guten Theil aus der Schadenfreude herzuleiten ist, die kaiserliche Politik abermals in einer Saftgasse zu sehen, nicht gar zu viel zu geben. Nirgends leichter als in Frankreich schlägt man von einem Extrem ins andere über, und der Kaiser verstand sich von je darauf, sobald es Noth hat, die „corde sensible“ der Franzosen vibriren zu lassen. Die Lage ist ernst, sehr ernst, und Niemand in Deutschland sollte sich verhehlen, daß, wenn ein Krieg jetzt heraufbeschworen wird, er wahrscheinlicher Weise den Sturz der Napoleonischen Dynastie, gleichzeitig aber eine nationale Erhebung zur Folge haben wird, die gar leicht die Dimensionen eines verderben Schwangeren Racenkampfes annehmen könnte.

Deutschland.

Preußen. Berlin, 7. April. Aus den widersprechenden Angaben und Mittheilungen über die Luxemburgische Angelegenheit scheint bei alledem hervorzugehen, daß der französische Kaiser sich augenblicklich weder vorbereitet findet, noch auch im Ernstje gekommen ist, sofort mit Deutschland in den Krieg einzutreten, und daß deshalb eine unmittelbare Störung des Weltfriedens aus diesem Anlaß schwerlich schon zu erwarten steht. Die Machtfrage zwischen Deutschland und Frankreich, welche den eigentlichen Inhalt des Luxemburger Handels bildet, ist durch ein solches Verschieben der Entscheidung freilich nicht gelöst, und eins erscheint unzweifelhaft und wird auch durch alle Einzelnachrichten durchaus bestätigt, nämlich, daß der Kaiser und daß Frankreich von jetzt ab doppelt alle Kräfte anstrengen werden, um sich für diese schließlich unvermeidliche Entscheidung vorzubereiten. Bis zum Herbst wird von den französischen Organen verkündet, soll der aktive Theil der französischen Armee durchgängig mit den neuen Chassepot-Gewehren bewaffnet sein und es bleibt bei dem Feuerfeuer, mit welchem man hierfür ans Werk geht, an der Erfüllung dieser Vorhersage keinesfalls zu zweifeln. Daneben ist aber seit längerer Zeit schon in den französischen Blättern von einer neu erfundenen Revolverkanone die Rede, von deren Wirkung Wunderdinge berichtet werden, und da zur Zeit 102 neue französische Batterien errichtet und mit ganz neu konstruirten Geschützen bewaffnet werden sollen, so liegt die Vermuthung nahe, daß es sich hierbei schon um dieses neu erfundene Geschütz handelt. In der That ist Napoleon III. noch in keinen der von ihm geführten Kriege eingetreten, ohne für seine Gegner irgend eine solche neue und unerwartete Überraschung in Reserve zu halten. 1854 beim Krimkriege waren dies für die Landmacht die neu erfundenen oder doch zuerst allgemein angewandten gezogenen Gewehre und für die Seemacht die Anwendung der Schraube, 1859 hingegen mußten ihm die von der französischen Armee zuerst auf das Schlachtfeld geführten gezogenen Geschütze dazu dienen und der französische Kaiser kennt und würdigt die Bedeutung, den Werth und die Wirkung der Anwendung solcher unerwarteten Fortschritte der Waffentechnik auch der derselben entbehrenden Gegner viel zu gut, um für den Hauptstreit, welcher ihm jetzt droht, auf dieses Mittel zum Siege verzichten zu sollen. Die Hauptbedeutung für diese Vorbereitung liegt indefs in der Durchführung der neuen Organisation, welche Frankreichs Kaiser eben für das französische Heerwesen auszuführen im Begriff steht. Durch den Entwurf dazu, wie er gegenwärtig vorliegt, würde zwar eine wesentlich erhöhte französische Offensivmacht schwerlich geschaffen werden, eher das gerade Gegentheil; allein einmal bleibt noch nicht abzusehen, welche Veränderungen hierfür von dem französischen Kaiser noch beliebt werden, und zweitens enthält auch dieser Entwurf eine Bestimmung, wodurch zunächst die Defensivmacht Frankreichs ganz außerordentlich gesteigert wird und geeigneten Fällen auch wohl die Offensivmacht einen raschen und vollkommen zuverlässigen wie unmittelbar verwendungsfähigen Zuwachs erfahren dürfte. Es ist das die Wiederaufrichtung der mobilen Nationalgarde. Dieselbe besteht beinahe ausschließlich aus lange geschulten und zu einem großen Theil kriegsgewohnten Soldaten und nichts verhindert die vierten oder Depotbataillone der französischen Regimenter mit den Mannschaften derselben auszufüllen, wie genau nach dem Vorbilde welches Preußen im verflossenen Jahre mit seinen vierten und Ersatz-Bataillonen ausgeführt hat, neue fünfte Bataillone dafür zu errichten. Der Zuwachs, welchen die französische Armee dadurch erfährt, würde sich auf 117, resp. da die Depot-Bataillone an sich kaum irgend eine Verwendung zu liefern, auf 234 Bataillone belaufen, bemerkenswerth aber ist, daß derselbe Vorgang schon zweimal, und zwar in der Periode von 1792 bis 1800 und von 1812 bis 1815 und beide Mal mit dem beden-

tendsten Erfolg in Frankreich stattgehabt hat. Die Verzögerung in der Entscheidung der luxemburgischen oder eigentlich überhaupt der deutsch-französischen Frage kann deshalb sehr gut schon bis zum nächsten Herbst hin der französischen Heeresmacht einen Zuwachs von 150,000 bis 200,000 Mann gewähren. Im Grunde würde diese Verstärkung für dieselbe auch gegenwärtig schon disponibel sein, da die Zustimmung sowohl des gesetzgebenden Körpers wie des Senats zu dem Entwurf des Kaisers für die künftige Organisation des französischen Wehrwesens bei der Zusammenlegung beider Körperschaften sicher mit jedem gegebenen Moment zu erwarten stände und damit die legale Grundlage für diese wie für jede andere Erweiterung der französischen Waffenmacht gegeben wäre. Zum Glück sind durch die letzten Entscheidungen des Norddeutschen Parlaments hier aber wenigstens in den Hauptpunkten auch die deutschen Wehrzustände zu einer Klärung und festen Begründung gelangt und dürfte es dem französischen Kaiser immerhin schwer werden, den Vorsprung, welchen diese damit vor der vor ihm erfolgten Neugestaltung erlangt haben, noch unwirksam zu machen, oder auch nur wieder einzuhören.

△ Berlin, 7. April. Wer das einrächtige Verhältnis zwischen Regierung und Reichstag in der ersten Zeit der Session erlebt hat, der hätte wohl schwerlich an Divergenzen gedacht, wie sie in den letzten Tagen hervorgetreten sind und die sachlichen Abweichungen sind am Ende noch nicht das Schlimmste, von weit schlimmeren Konsequenzen, weil sie hüben und drüben Misstrauen und Uebelwollen hervorrufen, sind die persönlichen Angriffe, wie sie gestern vorkamen und wiederum, wie schon so oft von dem Abg. v. Winck (Hagen) provoziert wurden und zu äußerst erregten Scenen führten. Die Verleugnung des Programms der Fortschrittspartei war in keiner Weise angezeigt und durchaus überflüssig, der Abg. Dunker (Berlin) war provocirt und es gelang ihm, den Grafen Bismarck in eine Erregung zu bringen, wie er sie bis dahin noch in keiner parlamentarischen Versammlung und auch den heftigsten Angriffen im Abgeordnetenhaus gegenüber noch nicht gezeigt hatte. Seine Blutspritzer war aus seinem Gesicht verchunden, während er sprach, und die lebhafte Erregung beherrschte ihn und auch die Versammlung noch Minuten lang nach der Antwort an Dunker; er griff nach einer ihm naheliegenden großen Papierscheere, socht damit in der Luft und machte noch eine Zeit lang heftige Bewegungen, nur um die Ruhe wieder zu gewinnen die indessen erst allmälig zurückkehrte. Nach Allem, was man hört, ist die Annahme der Fockenbeck'schen Amendements und die Ablehnung der Moltke'schen Vorschläge der Regierung zwar unerwünscht gekommen, allein sie ist in sofern darüber nicht beunruhigt, als sie sich der Hoffnung hingeben soll, bei der Schlussberatung doch noch eine Verlängerung des Provisoriums etwa auf 7 Jahre zu erzielen.

Überhaupt ist man regierungseitig schon ziemlich über diejenigen Grenzen einig, innerhalb deren man den Abänderungsbeschlüssen des Reichstages zustimmen will. Die Diätengewährung und das für die Armeeverhältnisse beschlossene Provisorium bis zum 31. Dezember 1871 wird man entschieden zurückweisen. Man wird indessen schroffe Formen vermeiden, dagegen, — und zwar wie es den Anschein hat, in sehr geschickter Weise — den Verständigungsweg einzulagern; man rechnet dabei auf die Unterstützung durch die politischen Verhältnisse und wird dies mit Zug und Recht thun können, denn seit gestern ist die Stimmung hier genau so, wie im Frühling des vergangenen Jahres als sich der Konflikt mit Ostreich vorbereitete. Im Reichstage hatten gestern schon Einige, welche den maßgebenden Kreisen näher stehen, von ziemlich ernsten Momenten in den Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich Kunde und in diesen Gruppen schien die Depeche aus Paris von der Panique der dortigen Börse nicht zu überraschen. Gerüchte dagegen, theils von Unruhen in Paris, theils von ernstlicher Lebensgefahr, in welcher der kaiserliche Prinz schweben sollte, schenkte man weniger Glauben. Jede dieser oder ähnlicher Nachrichten wird selbstverständlich dazu beitragen, das Verfassungswerk zu Stande zu bringen und die Publicirung der Verfassung zu ermöglichen, mit welcher bekanntlich die Konsolidierung der Verhältnisse des Norddeutschen Bundes beginnen soll. — Die Budgetfrage wird im Reichstage nicht zu großen Differenzen führen. Von allen Seiten werden Anträge vorbereitet, welche ungefähr den Bestimmungen der preußischen Verfassung entsprechen, also das Budgetrecht wahren. Die Regierung wird schwerlich dagegen Einspruch thun.

△ Berlin, 7. April. Die auf heute Morgen 11 Uhr von den Herren Augenstein, Steinitz, May und Krebs nach der „Alhambra“ berufene Volksversammlung entsprach nicht den Erwartungen, welche man an sie nach der in unserm Publikum hinsichtlich der Luxemburgischen Frage herrschenden Stimmung stellen durfte. Zunächst war die Versammlung nicht so vollzählig, wie man gehofft hatte. Wer die Kenntnis von der Zusammenkunft war auch in nur ungenügender Weise verbreitet worden, und überdies herrschte bei den Bewohnern Berlins die auch in der Versammlung unter allgemeinem Beifall zur Sprache gemommene Ansicht: Wir lassen uns kein Stück deutscher Erde nehmen, koste es was es wolle. Das weiß Napoleon auch so schon, dazu bedarf es keiner Resolution. Die Stimmung unter denen, welche erschienen waren, zeigte sich begeistert patriotisch, so daß der Versuch des Dr. Langerhans, dieselbe abzuschwächen, indem er, sich fortwährend selber widersprechend, nachzuweisen suchte, das französische Volk wolle keinen Krieg, nur bei Zweien oder Dreiern Anklang fand, wogegen der folgende Redner, Born, welcher sich gegen die vorausgehende Niede wendete und aus eigener Kenntnis die Verhältnisse in Luxemburg klar darlegte, so allgemeinen Beifall fand, daß die von ihm vorgeschlagene Resolution schließlich zum Besluß erhoben wurde. Dieselbe lautete:

„Die Volksversammlung erklärt, daß die Provinz Luxemburg immer vom deutschen Reiche abgetrennt werden darf, daß es die Pflicht des deutschen Volkes ist, mit allen Kräften für die Zugehörigkeit derselben einzustehen, und daß die Vereinigung dieser Provinz mit dem deutschen Reiche schleunigst erfolgen muß. Eine Abstimmung der Luxemburger ist unbedingt zu verwerfen.“

Die vom Komité vorgeschlagene weitläufigere und in der Form einer Ansprache an die luxemburgische Bevölkerung abgefaßte Resolution konnte die Majorität nicht erlangen woran indeß größtentheils dieses selber schuld war, da der Entwurf von nur zwei Mitgliedern desselben ausgegangen war, während die Herren May und Steinitz erklärten, sie würden von der Abstimmung der Revolution nichts, und diese sogar bekämpften. Ein Bischen mehr Takt und

Erfst wäre wohl an der Ordnung gewesen. — So viel aber war aus der Haltung der Versammelten, namentlich als eine eben eingetroffene Depeche aus Paris verlesen wurde, zu entnehmen, daß, wenn der Krieg unerlässlich sein sollte, auch die Bevölkerung Berlins, der preußischen Hauptstadt, wie im vorigen Jahre zur deutschen Sache stehen wird.

— Das „Militär-Wochenblatt“ enthält folgende Mittheilung: In Nr. 8 des Militär-Wochenblattes ist bereits darauf hingewiesen worden, daß das richtige Eintreffen des Befehls zur Schlacht von Königgrätz bei der zweiten Armee durch dreifache Expedirung desselben sicher gestellt wurde. Es dürfte in Bezug hierauf von Interesse sein, nachfolgendes zu erfahren:

Bevor in der Nacht vom 2. zum 3. Juli im großen Hauptquartier auf Grund eben erst eingetroffener Nachrichten, der Entschluß zur Schlacht überhaupt gefaßt wurde, waren für den 3. Juli Reconnoisirungen der ersten und zweiten Armee in der Richtung auf Königgrätz resp. Josephstadt angeordnet worden. Als jedoch am 2. Juli Abends Meldung über die Resultate der Reconnoisirung dieses Tages der ersten Armee beim Oberkommando derselben einging, beschloß Se. k. Hoheit der Prinz Friedrich Karl sofort zum Angriff des Feindes überzugehen, ertheilte die hierauf bezüglichen Dispositionen für die erste, und für die ebenfalls unter seinen Befehlen stehende Elb-Armee und sandte den Ordonnaux-Offizier, Lieutenant von Normann vom Zieten'schen Husaren-Regiment mit folgendem Schreiben in das Hauptquartier Sr. k. Hoheit des Kronprinzen nach Königshof ab:

Königshof, den 2. Juli, Abends. An Se. Königl. Hoheit den Kronprinzen von Preußen, General der Infanterie und Oberbefehlshaber der zweiten Armee. Durch Seine Majestät den König ist mir Kenntniß geworden von dem Euer Königlichen Hoheit für morgen (den 3. Juli cr.) ertheilten Auftrage einer Reconnoisirung gegen die Lippe und Westfalen. Nachdem indessen eine am heutigen Tage diefeits unternommene Reconnoisirung und die bezüglichen Meldungen der Vorposten-Truppen ergeben haben, daß bei Sadowa und Lippe an der Straße von Horitz auf Königgrätz sehr bedeutende feindliche Kräfte vereinigt sind, welche ihre Avantgarde bis Dub vorgeschoben haben — liegt es in meiner Absicht, morgen den 3. Juli den Feind anzugreifen und denselben in Gewalt zu bringen.

Da indessen auch von Josephstadt aus stärkere feindliche Truppenmassen auf das rechte Elbufer übergegangen sind, so kann ich darin nur die Absicht erkennen, daß dieselben bei etwaigem Vorgehen meinerseits auf Königgrätz gegen meinen linken Flügel operieren wollen.

Eine solche Diversion würde mich zwingen, meine Kräfte zu teilen, wodurch ich also den gewünschten Zweck, Vernichtung der feindlichen Corps, nicht vollständig erreichen würde.

Eure Königliche Hoheit bitte ich deshalb, morgen den 3. Juli mit dem Gardekorps oder mehr über Königshof zur Sicherung meines linken Flügels in der Richtung auf Josephstadt auf dem rechten Elbufer vorgehen zu wollen. Ich spreche dieses Erfuchen um so mehr aus, als ich meinerseits auf ein rechtzeitiges Eintreffen des Corps von Bonn, der weiten Entfernung wegen, nicht rechnen kann und als ich andererseits voraussehe, daß Euer Königliche Hoheit bei der für morgen dort Seits zu unternehmenden Reconnoisirung nicht auf starke feindliche Kräfte stoßen werden.

Ich füge hinzu, daß mein linker Flügel bei Gr. Taxis und Cerekriz stehe[n] wird.

Gez. Friedrich Carl.
Dieses Schreiben ist am 3. Juli früh 2 Uhr in Königshof abgegeben und in Folge dessen durch Se. k. Hoheit den Kronprinzen ein hierauf bezüglicher Befehl ertheilt worden. Als der mit Überbringung desselben beauftragte Major v. Gaffron, Adjutant beim Oberkommando der zweiten Armee, eben abreiten wollte, traf der Flügeladjutant Sr. Maj. des Königs, Oberstleutnant Graf Hinkelstein mit einem Schreiben aus dem großen Hauptquartier ein, welches die für den 3. Juli befohlene Reconnoisirung aufhob und statt ihrer den sofortigen Abmarsch sämtlicher Corps zur muthmaßlichen Schlacht anordnete.

— Es ist in den letzten Tagen viel von einem „preußisch-österreichischen Bündnis“ die Rede gewesen. Gewiß, schreibt die „N. Pr. Ztg.“ find die Beziehungen der Höfe von Berlin und Wien so freundlich, wie man es den vorausgegangenen Ereignissen nach nur wünschen kann, doch dürfte wohl auf keiner Seite diejenige Disposition zu finden sein, welche dem Abschluß eines förmlichen Bündnisses vorhergehen müßte.

— Die Südstaaten gehen mit aller Energie daran, sich völlig kriegsbereit zu machen. Bayern hat beim Bochumer Verein 100 Stück gezogene Feldgeschütze nach preußischem System bestellt; während die Darmstädter Militärverwaltung durch Bestellung einer Lieferung von Pickelhauben das Bestreben zeigt, sich recht bald unter dem Schutz derselben zu befinden. [Post.]

— Die offizielle „Bayr. Ztg.“ meldet: Dem Vernehmen nach werden die Konferenz-Verhandlungen zwischen Bayern und Preußen zum Vollzuge des Artikels 14 des Berliner Friedensvertrages vom 22. August 1866, bez. zur Regulirung der beiderseitigen Grenzen am 8. d. M. in Frankfurt a. M. ihren Anfang nehmen und je nach den Umständen in Kassel oder in den abgetretenen vermaßen bairischen Gebietsteilen fortgesetzt werden.

— Sr. Maj. Briggs „Musquito“ und „Rover“ haben am 2. d. M. von Toulon aus die Rückreise angetreten.

— Die neue preußische Staatsanleihe von 30 Millionen Thalern wird nicht durch eine öffentliche Subskription oder durch Vergabe zu einem festen Kursus placirt, sondern soll auf dem Wege des allmäßlichen Verkaufs durch die k. Seehandlung an die Börse gebracht werden.

— Aus Rendsburg wird den „H. N.“ gemeldet: Die definitive Erhebung Rendsburgs zu einem Waffenplatz ersten Ranges wird in militärischen Kreisen als definitiv beschlossen bezeichnet.

— Der bekannte Ober-Finanzrat Klenk zu Hannover ist, wie die „N. Pr. Ztg.“ hört, aus dem Amt entlassen worden.

— Der als der muthmaßliche Mörder „Corny's“ steckbrieflich verfolgte Schuhmachergefelle Klein aus Wehlau ist, wie die „N. B. N.“ hören, von einem Kommissarius der hiesigen Kriminalpolizei in Randow in Pommern verhaftet worden.

— Die „Bresl. Ztg.“ schreibt: Wir glauben keine Indiskretion zu begehen, wenn wir berichten, daß die bedeutenden Verdienste, welche sich Herr v. Kirchmann durch seine langjährige Tätigkeit um die wahren Interessen der liberalen Partei erworben, wobei er seine eigenen Interessen durch den Verlust seiner Position geschädigt hat, das Komité des Nationalfonds veranlaßten, dem geschäftigen Manne eine ansehnliche jährliche Revenue anzubieten. Herr v. Kirchmann glaubte jedoch trotz der Mahnungen seiner Freunde das Anerbieten ablehnen zu müssen, weil es seinen Gefühlen widerstrebe.

— Wie das „Mil. Wochenbl.“ meldet, werden die berittenen Mannschaften und Fahrer der Fußartillerie mit Pistolen bewaffnet werden, und es ist hiermit bereits der Anfang gemacht worden.

— Preußen hat den auf der Ausstellung ihm zugethielten Raum so gut benutzt, daß die preußische Ausstellung einen vor trefflichen und auch künstlerisch hervorragenden Eindruck macht. Im Hintergrunde erhebt sich auf der Gallerie im Maschinenraum die auf massivem Fundamente in griechischen Style ausgeführte Säulenhalde von schlesischem Marmor, von den Architekten von der Hude und Henckle in Berlin. Dieses Prachtgebäude ist umstetig eine der hervorragendsten Schöpfungen aller hier vertretenen Industrien. Die Bearbeitung des Marmors durch die Maschinen von Cleicher sucht an Vollendung ihres Gleichen. Die Thüren und Fenster von Schaefer u. Rehse in Berlin können besonders, was Bezeichnung und Dauerhaftigkeit der Arbeit betrifft, mit den besten Eiselerarbeiten Frankreichs und Englands wetteifern. Ein Meisterstück, das im innern Raum dieser Säulenhalde angebracht ist, ist die eiserne Doppelthür von Hauschmidt in Berlin mit Kunstschatzwerken von außerordentlicher Schönheit. Es ist sehr zu bedauern, daß die Doppeltreppe, welche zu diesem Prachtgebäude führt, etwas zu steil ist, aber es hat den Architekten offenbar an dem nötigen Raum gefehlt, um ihr einen sanfteren Schwung zu geben.

In Mitten des zwischen den beiden Treppen befindlichen Raumes sind die Erzeugnisse der Krupp'schen Fabrik aus Essen ausgebreitet. Der in seiner Größe und in seinem Gewicht bisher unerreichte Gußstahlblock von 800 Centnern wird auf beiden Seiten von einem Paar Gußstahlkanonen umgeben, von denen die größere, obwohl die eigentliche Riesenkanone noch gar nicht angelangt ist, schon alle bisher gefaßten Dimensionen übertrifft.

Der Krupp'schen Fabrik gegenüber steht ein Theil dessen, was Vorsig aus Berlin hergesandt hat, gleichfalls mächtige zusammen geschmiedete Blöcke und Walzen von kolossalem Umfang.

Die Seitenwände dieser die Mauer des Maschinenraumes durchbrechenden Gruppe bilden die Erzeugnisse der Eisen- und Bergwerksindustrie Westfalens, Westphalens und der Rheinlande. Man sieht, was Schmelz- und Bisschützen, Hohöfen und Walzwerke fördern und verarbeiten können.

Die von der schlesischen Landwirtschaft und den landwirtschaftlichen Akademien hergerichtete Agrultur-Abtheilung ist von großer Bedeutung. Ein besonderer Schnitt des preußischen Partes bildet auch ferner die kolossale, von Drake ausgeführte, für die Kölner Brücke bestimmte Reiterstatue König Wilhelms I., welche in künstlerischer Beziehung, so wie durch die Großartigkeit ihres Eindrucks alle andern aufgestellten Reiterbilder weit hinter sich läßt. (St. Anz.)

Breslau, 6. April. Nachdem aus Berlin gemeldet worden, daß dort morgen eine Volksversammlung zur Besprechung über die luxemburgische Frage stattfinden wird, dürfen wir mit der Witterung nicht mehr zurückhalten, daß auch in unserer Stadt die vaterländische Angelegenheit bereits Veranlassung zu einer Besprechung von Männern verschiedener Parteien und zum Entwurf einer patriotischen Dankadresse an Herrn v. Benuwig gegeben habe. (Bresl. Ztg.)

Frankfurt a. M., 3. April. Der in Folge Bundesbeschusses vom 4. Juli v. J. in der Umgebung von Frankfurt begonnene, aber dann flüchtig liegen gelassene Schanzenbau hat nach der befreitenden Berechnung des österreichischen Majors v. Orelli circa 41,952 fl. gekostet, welche von der Liquidationskommission als liquide anerkannt worden. Den Gemeinden und Privaten wurden für den ihnen durch die Schanzen entstandenen Schaden als Vergütung 11,541 fl. bewilligt. Beide Posten, im Gesamtbetrage von 53,494 fl. sind denjenigen Regierungen oder deren Rechtsnachfolgern zu Lasten geschrieben, welche für die Folgen des Bundesbeschusses vom 4. Juli einzutreten haben.

Flensburg, 5. April. Dem Vernehmen nach werden alle Eidesverweigerer heute Abend und morgen hier eintreffen. Detachements der hiesigen Garnison holen selbige von Alsen und Dondern; die vom Norden werden von den dortigen Truppen gebracht. Ein Befehl ist an den Magistrat gekommen, sie in isolierten Häusern einzurichten. Von hier aus soll ein Theil nach der Festung Schleidnitz transportiert werden. Auch dem H. R. schreibt man aus Nordschleswig vom 5. April: In den sämtlichen Gegenden Nordschleswig werden augenblicklich durch Militär- und Gendarmerie-Abtheilungen diejenigen Landwehrmänner und Referisten zusammengeholzt, welche den ihnen abverlangten Fahneneid ausdrücklich verweigert haben. Die den Betreffenden außerordentlichen Weise bewilligte Bedenkzeit war abgelaufen und es wurde von den jetzt abzuführenden Mannschaften (etwa 2000 Mann) die frühere Weigerung wiederholt.

Sachsen. Chemnitz, 2 April. Der hiesige Fortschrittsverein debattirte gestern über einen Petitionsentwurf, um die sächsische Wahl- und Verfassungsfrage damit vor das Forum des Reichstags zu bringen. Als Anlaufpunkt betrachtete man die Paranthese in Art. 70 des Bundesentwurfs: „Verfassungsstreitigkeiten in jenen Staaten, in deren Verfassung nicht eine Behörde zur Entscheidung solcher Streitigkeiten bestimmt ist.“ Da dieser Zusatz augenscheinlich von der sächsischen Regierung in den Entwurf gebracht worden, entschied man sich für Streichung derselben und für Einführung eines Bundeschiedsgerichts, und zwar vorläufig für das Oberappellationsgericht der drei Freien und Hansestädte in Lübeck. Nach längerer Diskussion wurde schließlich beantragt, den Wortlaut der Adresse in nächster Sitzung noch einmal zu berathen. (D. A. Z.)

Ostpreußen.
Wien, 4. April. Baron Beust, der bekanntlich durch die Reichenberger Handelskammer in den böhmischen Landtag gewählt ist, begiebt sich zu dessen Öffnung übermorgen, man sagt auf nur zwei Tage, nach Prag. Die Session der drei neu gewählten Landtage in Böhmen, Mähren und Krain dürfte überhaupt eine sehr kurze sein, da diese Versammlungen zu gar nichts weiter berufen sind, als ihre Provinzial-Gremiobehörde, den sogenannten Landes-Ausschuß, und die Reichsratsabgeordneten zu wählen. Interessanter aber ist das ziemlich verbürgte Gerücht, daß Baron Beust nach Prag das cisleithanische Justizminister-Vorsteuille für den dortigen Universitätsprofessor Herbst mitnimmt, und daß der Konsellspräsident gleichzeitig die Referate über alle Verfassungsfragen in das Justizdepartement verweist. Damit würde nicht nur dem großen Ehrgeiz Herbsts Genüge geschehen, der auf diese Art für die Verhandlungen des Reichsraths mit Ungarn gewissermaßen die Führerschaft des Abgeordnetenhauses übernehmen müßte, es wäre auch anerkannt, daß wir eine fertige und gültige Verfassung besitzen, deren Handhabung und Revision in erster Linie eine Rechtsfrage ist, und daß somit die Pandorabüchse der Experimente, die Graf Belcredi auf der famosen „freien Bahn“ eröffnete, für immer geschlossen werden. Noch wichtiger vielleicht ist, daß Herbst im alten Abgeordnetenhouse zu den entschiedensten Centralisten gehörte, daß er mithin jedenfalls bei den Verhandlungen über das 6ter Elaborat, welche heute auch das Oberhaus in Pest unverändert acceptirt hat, für die gemeinsamen Angelegenheiten und deren parlamentarische Behandlung retten wird, was irgend noch zu retten ist. Feden-

falls können die Erblände sich keinen bessern und fähigeren Vertreter wünschen, wenn es gilt, das wieder gut zu machen, was Reichsfinanzminister Becke durch sein Abkommen mit seinem ungarischen Kollegen Lonyay vor uns gefündigt hat. Dass diese Konvention umgetozen werden muss, darüber herrscht hier nur eine Stimme, und immer lauter ertönt der Ruf: soll es dabei bleiben, so muss der Schwerpunkt nach Pestofen verlegt werden; dann muss Lonyay Reichsfinanzminister sein, so dass die Erblände, nach Aufbringung ihrer Quote, für weiter nichts mehr einzustehen haben und die Bevölkerung des Heeres, die Verzinsung der Staatschuld, die Kosten der Diplomatie dann Herrn v. Lonyay überlassen können. An Herbst werden die Magyaren in dieser Beziehung ihren Mann finden. Ist auch seine politische Bedeutung wesentlich juristischer und seine Bedeutsamkeit mehr forensischer als parlamentarischer Natur, so hat er doch durch seine Rapporte über unsere Finanzlage im Reichsrath bewiesen, dass er ein Administrator ersten Ranges und ein ausnehmend klarer Kopf ist; und durch seine höchst ehrenhafte Thätigkeit an der Spitze des deutschböhmischen Wahlkomités gezeigt, dass er eine ausreichende Fähigkeit besitzt, um eine noch so zerfahrene Partei an Disciplin und Taktik zu gewöhnen. Diesen Sieg des centralistischen und des deutschen Elements in Herbst's Person schlägt ich beinahe höher an, als seine Bedeutung für die liberalen Ideen. Nicht, dass ich Herbst für österreichische Verhältnisse zu wenig freifinng erachte, aber ihm fehlt Charakterfestigkeit nach oben hin. Wie Ehrgeiz und Eitelkeit ihn bewegen, unter Bach ein juristisches Buch, in dem er sich für Geschworene erklärt, gegen dieselben umzuwirken, so blieb er auf den Wunsch des Kaisers in der reichsräthlichen Staatschulden-Kontrol-Kommission nach der Verfassungsstirbung, die Graf Eugen Kinsky und Baron Dobhoff mit sofortigen demonstrativen Niederlegung ihrer Stellen in der Kommission beantworteten.

Dieser Tage hat das böhmische Oberlandesgericht zu Prag als Gerichtshof zweiter Instanz den Wächter Prochazka aus dem Städtchen Zbraslawitz bei Kuttenberg, welcher am 31. August v. J. einen preußischen Soldaten von 2. brandenburgischen Dragoner-Regiment, Namens Hermann Krüger, anlässlich eines Wortwechsels erschossen hat, wegen Todtschlags unter mildernden Umständen zu zweijährigem, mit Fästen verschärftem, schwerem Körperverurtheil. Die Umficht der Offiziere hat es damals verhindert, dass das Städtchen für die Frevelthat des Einzelnen schwer büßen musste, da sich in Folge derselben die preußische Besatzung in einer furchtbaren Aufregung befunden hat.

Wien, 6. April. Die Landtage von Böhmen, Mähren und Krain sind heute eröffnet worden. In den verschiedenen Versammlungen wurde ein an den Ministerpräsidenten Frhrn. v. Beust gerichtetes kaiserliches Handschreiben verlesen, durch welches die Landtage wiederholt zu der Vornahme von Reichsrathswahlen aufgefordert werden.

Aus Nord-Ostreich, 5. April. Durch das Ereignis-Lager geht jetzt bezüglich der antinationalen Wähler und Parteiengänger nur ein Schlagwort: "Krieg den Landeshinden auf jede gesetzliche Art." In den Städten und Dörfern kaufst kein Čech mehr seine Bedürfnisse bei einem Kaufmann, der ein Gegner der Nationalpartei. Die Gutsbesitzer, welche in czechischen Gegenden gelegentlich der jüngsten Wahlen für die Regierung bestimmt, haben mit den nationalgesinnten Landleuten gleichfalls ihre schwere Noth. Kein czechischer Bauer will jenen Herren weder für Geld noch für gute Worte mehr Arbeit leisten oder mit jenen irgend ein Geschäft abschließen. Die Landleute ziehen es vor, nach entfernten Gegenden zu nationalen Gutsbesitzern auf Arbeit zu gehen, und diesen oder auf czechischen Märkten die Produkte der Bauernhöfe zu verkaufen. Die regierungsfreundlichen Landesleute müssen jetzt jeden Sonntag ganze Scharen czechischer Bauern an den Fenstern des Herrenhauses vorüber ziehen sehen und dabei ein Lied hören das mit dem bezeichnenden Refrain: "Hinaus mit den Fremden! Es lebe das alte Böhmen!" schließt. — Mit einem Worte, die Dinge haben bereits eine solche Wendung genommen, dass die Regierung wohl schon zur Überzeugung gelangt, der sogenannte "Ausgleich mit Ungarn" habe das österreichische Einigungswerk noch lange nicht abgeschlossen. — Die galtzische Post bringt uns heute über Brody abermals Nachrichten über russische Truppenbewegungen in Polen. Zwischen Krakow und Czolgovsz auf der Poststraße nach Starz-Konstantinow haben zwei russische Infanterie-Regimenter und ein Brückentrain Quartiere bezogen und dürfen, nach den getroffenen Anstalten zu schließen, längere Zeit in jener Stellung verbleiben. (Bresl. 3.)

Großbritannien und Irland.

London, 5. April. Der Krieg in den freundschaftlichen Beziehungen zwischen England und Spanien droht sich zu einem diplomatischen Brüde zu erweitern. Die bekannte Tornado-Affaire ist bei der übermütigen Hartnäckigkeit und rechtlosen Willkür der spanischen Regierung schon ernst genug. Neben ihr aber geht noch eine ähnliche Streitsache älteren Datums, welche unseres Minister des Auswärtigen, der endlich die Geduld verloren, zur Abschluss einer energischen Note bewogen hat. Am 15. Januar vorigen Jahres wurde der nach Gibraltar gehörige englische Küstenschiff Captain Queen Victoria auf einer Fahrt nach El Alcazar und auf hoher See, außerhalb der spanischen Gewässer, von dem spanischen Zollkutter "Toro" angehalten und nach Cadiz geschleppt; dort ward die Mannschaft durch Geld und Drohungen veranlaßt, sich von Cadiz zu entfernen, während der Kapitän noch eine Zeit lang in Haft gehalten wurde. Anfangs stellte man spanischerseits die Behauptung auf, das Schiff sei herrenlos an der Küste gefunden worden; späterhin, als sich die Richtigkeit dieser betrügerischen Aussage erwies, verurteilte man das Schiff, weil es Kontrebande an die spanische Küste gelandet hätte; das Cargo wurde in öffentlicher Versteigerung verkauft. Mehrere Depeschen wurden bereits im Laufe des vorigen Jahres zwischen London und Madrid über diese Vergewaltigung gewechselt. Die spanische Regierung war von je her reich an Ausflüchten, so auch jetzt, und Lord Stanley richtet daher eine Depesche an Sir John Crampston, den englischen Gesandten beim spanischen Hofe, mit dem Auftrage, sie dem General Galonge als Antwort auf dessen Note vom 9. Januar abschriftlich einzuhändigen. "Die Begnadung", heißt es am Schlusse der Depesche, "war von Anfang an eine nicht zu entschuldigende Gewaltthat; der Verkauf des Schiffes und der Ladung war ungesehlich, während der Prozeß nicht nur rechtswidrig geführt und deshalb null und nichtig war, sondern auch mit dem

vollen Bewußtsein dieser Rechtswidrigkeit geführt worden sein muss. Ihrer Majestät Regierung kann daher auf das Anerbieten des Generals Galonge, die Konfiscirung für ungeschehen zu erklären und den britischen Konsuln dadurch einen neuen Rechtsweg zu öffnen — nicht eingehen, sondern muss darauf bestehen, dass Schiff und Ladung oder deren voller Werth unverzüglich zurückgestattet, der Mannschaft eine angemessene Entschädigung geleistet und Ihrer Majestät Regierung wegen des der britischen Flotte zugefügten Schimpfes Abbitte gehabt werden." Schließlich spricht Lord Stanley die Hoffnung aus, dass die Regierung Ihrer katholischen Majestät es nicht zu einem ernsten Verwirrnis zwischen England und Spanien kommen lassen werde. Die Depesche trägt das Datum des 30. März d. J.; und in Madrid geht, wie man vernimmt, schon das Gericht, dass der britische Gesandte seine Pässe verlangen werde. Lord Stanley theilt mit, dass der Verlauf des russischen Amerika offiziell bestätigt sei. Die aleutischen Inseln seien wahrscheinlich eingeschlossen; Details fehlen noch.

Dem Seelenverkäufer auf dem holländischen Throne giebt die "Times" eine verdiente Züchtigung, und Frankreich geht eben so wenig frei aus mit seiner Vergrößerungssucht. "Frankreich," sagt das leitende Blatt, "ist an sich ja so groß, so reich, so mächtig, dass man kaum begreift, wie es dem geringfügigen Erwerbe einer kleinen Provinz mit unerheblicher Bevölkerung so hohe Wichtigkeit beilegen kann. Die Franzosen des Kaiserreichs scheinen zu glauben, dass Ländererwerb einzig und allein Gewinn und Ruhm einbringt. Wären es nicht so, warum sollte denn ihr Haupt Millionen für Luxemburg geboten haben? Das wahre Interesse Frankreichs ist es, eine friedliche Laufbahn zu verfolgen und nicht die Eroberungstraditionen, die über es selbst und seine Nachbarn schon so unermessliches Elend gebracht haben, wieder ins Leben zu rufen. Frankreich wird seine Achtung vor der öffentlichen Meinung Europa's dadurch beweisen, dass es abstießt von dieser schicksalsschweren Unterhandlung, welche nicht nur ganz Deutschland gegen es vereinigen, sondern auch die engen Bande der Freundschaft zwischen Frankreich und anderen europäischen Mächten zerreißen würde. Eine Schwach aber ist es für französische Staatsmänner, dass ein solcher Plan jemals der Erwägung gewürdigt worden ist."

In einzelnen Korrespondenzen aus Paris spiegelt sich die politische Situation nicht in so günstigem Lichte wieder, wie in den leitenden Artikeln unserer Presse. So berichtet der Berichterstatuer des "Herald" aus angeblich "zuverlässiger" Quelle: "Gleichviel, ob die Abtretung Luxemburgs an Frankreich schon unterzeichnet und besiegelt war oder nicht, genug, die Dinge waren so weit gediehen, dass die niederländische Regierung sich bewogen fand, dem Berliner Kabinett die bevorstehende Veränderung anzuzeigen. Aber die Antwort war, wenn der König von Holland sich für Geld von seinem Großherzogthume trennen wollte, so werde Preußen nichts dagegen haben, dass er es einem der Fürsten des Norddeutschen Bundes verkaufe, aber nicht zugeben, dass es in die Hände Frankreichs übergehe. Die Unterhandlungen zwischen Paris und Berlin sind noch im Gange.

Frankreich.

Paris, 4. April. Der Artikel des Herrn Limayrac im "Constitutionnel" findet in der hiesigen Presse wie im Publikum eine ebenso verschiedene Aufnahme, wie die Antwort des Grafen Bismarck. Die unabhängigen Blätter deuten jene offizielle Kundgebung der dieszeitigen Regierung für durchaus kriegerisch. Sie meinen, dass aus jenem Artikel zur Evidenz hervorgehe, wie Frankreich niemals zulassen werde, dass Deutschland Luxemburg behalte, dass vielmehr Frankreich selbst Luxemburg erwerben wolle. In dieser Beziehung hält man sich z. B. an die Stelle: "Wenn Frankreich, wie man es behauptet hat, an die friedliche Erwerbung Luxemburgs denkt, so könnte man hierin sicher nicht das Ergebnis eines übermäßigen Ehrgeizes sehen und je geringfügiger diese Vergrößerung wäre, desto delikater würde es sein, Frankreich in diesen Verhandlungen entgegenzutreten." Namentlich ist es der "Tempo", welcher keine friedliche Lösung der Luxemburger Frage mehr für möglich hält. In der That gingen auch hier gestern allerlei Gerüchte, dass in Berlin die Mobilmachungsordre unterzeichnet worden sei. Es charakterisiert dies jedenfalls die hier augenblicklich herrschende Stimmung. Emile de Girardin tadelte in der "Liberté" die Unsicherheit, das Schwanken der französischen Regierung. In den offiziellen Blättern dagegen finden wir nur eine Variation der Worte des "Abend-Moniteur" und "Constitutionnel", und zwar in durchaus beruhigender Weise. Diese Journale sehen übrigens eine für Frankreich günstige Lösung voraus und bemühen sich, Bismarcks Rede dahin zu deuten. (Nat.-Ztg.)

Über die Ernennung (resp. Wiederernennung) des Grafen Walewski zum Senator erzählt man in dieser Beziehung folgende Details. Graf Walewski (der übrigens mit seiner Gemahlin nach Florenz abreist,) wollte nach seiner Abdankung als Präsident der Kammer keine Stelle annehmen. Der Kaiser ließ ihn zu sich berufen, umarmte ihn als er eintrat und sagte: Ich weiß, Sie sind ohne Vermögen, die drei mit Einkommen (von 100,000 Fr.) ausgestatteten Stellen im Privatrathé sind besetzt (Persigny, Drouyn de Lhuys, Fould); nehmen Sie die Senatorwürde an... mir zu Liebe. Walewski erwiderte gerührt, indem er seinen Schmerz aussprach, die Geistige des Landes in der Hand eines Mannes zu sehen (Mouher), der Unglück bringe. "Nichts gelingt mehr nach Innen oder nach Außen". Prinz Napoleon — fügte er bei — hat Ew. Majestät dies auch gesagt. "Ihr habt gut reden — schloss der Kaiser diese peinliche Konversation — wo aber sind die Männer?" — Der Kaiser übernimmt es auch, sagt man, ungefähr 1/2 Million Schulden zu decken, die Graf Walewski kontrahirt; dieser hat übrigens sein Hotel in der Avenue Montaigne verkauft und das in der Rue de l'Elysée (Geschenk des Kaisers) vermietet.

Die hiesigen Schneider haben sich heute versammelt und beschlossen, ein gemeinsames Geschäftshaus für 500,000 Francs anzukaufen und auf eigene Faust zu produzieren. — Die englischen Schneidergesellen haben ihren feierlichen französischen Standesgenossen angeblich 200,000 Francs zur Verfügung gestellt. Außer den Schneidern, werden auch noch die Haarkräusler, Barbier, Schuhmacher, Blechschmiede und Zinkarbeiter zu arbeiten aufhören.

Paris, 5. April. Hier fängt man an, den Ausbruch des Krieges für möglich zu halten. Wie Sie wissen, treffen die Militärbehörden auch einige kriegerische Vorbereitungen. Die Verproviantirungs-Kommissionen und der Ambulanzdienst sind bereits in den Grenzfestungen in Thätigkeit getreten und andere ähnliche

Mafzregeln getroffen worden. Man will einschüchtern. Der Kaiser persönlich will aber im Augenblicke noch keinen Krieg.

Benedetti meldet hierher, dass die preußischen diplomatischen Agenten bei den deutschen Höfen und den Mitunterzeichnern des Vertrages von 1839 Auftrag erhalten haben, sich über die Ansichten dieser Regierungen Betreffs der Luxemburger Frage zu informieren. Eine Petersburger Depesche, welche die Lage Russlands als bei der Ordnung dieser Angelegenheit nicht unbeteiligt darstellt, stimmt damit überein, während Wiener Privat-Nachrichten noch weiter gehen und von einer Konferenz sämtlicher interessirter Mächte sprechen, zu der der Anstoß von Baron Beust ausgegangen sei. Hier zeigt sich aber wenig Neigung, auf die Konferenz einzugehen. Die Stimmung ist hier ziemlich kriegerisch, wenn auch die Oppositionsjournale eine friedliche Politik empfehlen. Die Aufnahme des längst votirten 30-Mill.-Anlehens durch die preußische Regierung gerade im jetzigen Augenblicke wird in den kompetentesten hiesigen Kreisen als ein Zeichen aufgefasst, dass die preußische Regierung gesonnen sei, sich durch die Ereignisse in keiner Weise überraschen zu lassen. Auch die hiesige Regierung zeigt in einzelnen Anordnungen, dass sie sich auf Ernstes gefasst macht.

Belgien.

Brüssel, 4. April. Der König tritt am 22. die Reise nach Berlin an. Es ist noch nicht bekannt, ob die Königin ihren Gemahl begleiten wird. Der Graf von Flandern wird, wie man glaubt, einen oder zwei Tage früher abreisen.

Italien.

Florenz, 5. April. Nach der "Opinione" übernimmt in dem neu zu bildenden Ministerium General Menabrea das Präsidium und das Portefeuille des Außenw., Rattazzi das Portefeuille des Innern; einem Gericht zufolge ist das Portefeuille der Justiz Crispi angetragen worden, der dasselbe jedoch abgelehnt haben soll.

Florenz, 6. April. Der König hat Rattazzi mit Bildung des Ministeriums beauftragt, nachdem General Menabrea wegen des Todes seines Sohnes abgelehnt hatte.

Russland und Polen.

Petersburg, 1. April. Die Luxemburger Angelegenheit betrachtet man hier als eine Episode oder auch als einen ballon d'essai französischer Absichten auf Belgien. Die Konstituierung eines einzigen, nach Außen mächtigen Deutschlands lässt man sich gefallen, weil man eine starke Vormauer gegen den Westen und einen Moderator der überschwänglichen Gelüste der Franzosen in demselben zu erblicken sich das Ansehen giebt. Die Sprache der öffentlichen Organe so herbe bis zur Schlacht bei Sadowa, ist seitdem voll Milde und Anerkennung in Bezug auf die Politik des Grafen Bismarck. Das Genie dieses Staatsmannes wird nicht nur gewürdigt, sondern auch gepriesen, weil er Louis Napoleon nicht bloß gewachsen ist.

Türkei.

Konstantinopel, 5. April. Der Marineminister Mehemmed Ali-Pascha ist zurückgetreten; es gehen Gerüchte über weitere Veränderungen im Kabinett. Man sagt, Juad-Pascha werde wieder Großvizier werden. — Die einberufenen Redifs und die neu assentierten Rekruten rückten zahlreich in die Depots ein.

Belgrad, 5. April, Nachmittags. Ein aus Konstantinopel an die serbische Regierung gerichtetes Telegramm meldet, dass sämtliche fremde Gesandten dem Fürsten Michael Besuch abgestattet haben.

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 2. April. Zu der Hochzeitsfeier der Prinzessin Marie von Hohenzollern, der Schwester des Fürsten, mit dem Grafen von Flandern, wird auch Rumänen Deputirte nach Berlin senden, um die Theilnahme des Landes an diesem Ereigniss zu bezeigen und seine Glückwünsche darzubringen. Der eine dieser beiden Deputirten ist der General Nicolas Golescu, Kommandant der Nationalgarde, ehemaliges Mitglied der Statthalterschaft und Bruder des jetzigen Ministers des Außenw.; der andere ist Herr Maurogheni, einer der begütertesten Bojaren der Moldau, der als Finanzminister dem letzten Ministerium angehörte. — Der Oberleutnant Krensky vom königlich preußischen Generalstabe ist in Bukarest angekommen, um mit dem Fürsten Karl die geeigneten Maßregeln zur Neorganisation der rumänischen Armee zu besprechen.

Griechenland.

Athenen, 5. April, Abends. Ricciotti Garibaldi ist mit 150 Gefährten über Korfu nach Italien abgereist. Die Zugzüge fremder Freischaren nach Griechenland haben aufgehört.

Vom Reichstage.

(28. Sitzung vom 6. April.)

Eröffnung 10½ Uhr. Die Tribünen sind überfüllt. In der Hoflogie der Kronprinz und Prinz Nikolaus von Nassau. Am Tisch der Kommissarien die Minister v. Roos mit dem Generalmajor v. Podbielski, v. d. Heydt, v. Frieden, Geh. Rath v. Savigny, v. Liebe, Bezel u. v. L.

Der Abg. Brons ist in das Haus getreten und der 7. Abtheilung zugelost. Das Haus sieht die Vorberatung des XI. Abschnittes fort, dessen Artikel 57 lautet: "Nach Publication dieser Verfassung ist in dem ganzen Bundesgebiete die gesammte preußische Militärgegesetzung ungestüm einzuführen, sowohl die Gelege selbst, als die zu ihrer Ausführung, Erläuterung oder Ergänzung erlassene Reglemente, Instructionen und Restriktionen, namentlich also das Militärstrafgesetz vom 3. April 1845, die Militärstrafgerichtsordnung vom 3. April 1845, die Verordnung über die Ehrengerichte vom 20. Juli 1843, die Bestimmungen über Aushebung, Dienstzeit, Service- und Verpflegungswesen, Einquartierung, Erricht- und Abrübsdämmungen, Mobilmachung u. s. w. für Krieg und Frieden. Die Militär-Kirchenordnung ist jedoch ausgeschlossen."

Zu diesem Artikel beantragt 1) Abg. v. Förden bei folgenden Zusatz: "Nach gleichmäiger Durchführung der Bundesstraf-Organisation wird das Bundespräsidium ein umfassendes Bundesmilitärgegesetz dem Reichstage und dem Bundesrathe zur verfassungsmässigen Beschlussfassung vorliegen."

2) bezieht sich der gestern bereits mitgeteilte Änderungsvorschlag der Abg. Dunder und Waldeck auf diesen Artikel, da ihr Vorschlag die Streichung der Artikel 56 und 57 vorsieht und speziell die Vorlegung eines Gesetzes im nächsten Reichstage verlangt, "modurh die Organisation des ganzen Bundesheeres festgelegt wird."

Abg. Dr. Sachariae: Ich habe gestern den Wunsch ausgesprochen, dass von Seiten eines der Herren Bundeskommissarien die Freiheit von Militärpflichtigkeit der ehemaligen Reichsunmittelbaren erklärungsweise ausgesprochen würde. Ich bin von dem Herrn Kriegsminister darauf aufmerksam gemacht worden, dass diese Freiheit von Militärpflichten in der preußischen Militärgegesetzung ausgesprochen ist, das also der Artikel 57 dieselbe implizite enthält. Ich habe das hiermit konstatiren wollen.

Abg. Borkel (Rostock): Da zur Sicherheit des Norddeutschen Bundes sowohl als möglich eine einheitliche Heeresmacht für denselben bestehen muss, so

muss auch eine einheitliche Militärgesetzgebung eingeführt werden. Das kann vorläufig nur die preußische sein. Die Militärkonvention zwischen der Krone Preußen und meinem engeren Vaterlande gab mir Veranlassung, Kenntniß von derselben zu nehmen. Es ist in manchen Beziehungen eine harte und ziemlich schwere Kost, die den Bundesstaaten hier geboten wird. Änderungen darin sind unerlässlich. Auf welchem Wege aber sollen solche Änderungen künftig vor sich geben, auf dem Wege der Bundesgesetzgebung oder der Verfaßungsveränderung? Ich zweifle nicht, daß der erste Weg der einzige richtige ist, wenn hier nicht schon die entgegengesetzte Ansicht vorgetragen wäre, daß wir durch Annahme des Artikels 57 des Entwurfs die ganze preußische Militärgesetzgebung sowie sämtliche Reglements-Instruktionen und Rekripte zu integrierten Theilen der Bundesverfassung erhöben. Ich theile diese Ansicht nicht; ich glaube, was Gesetz war, bleibt Gesetz, was Rekript oder Reglement war, bleibt Rekript oder Reglement, und der Artikel 57 ist nichts anderes als das Einführungsgesetz für die übrigen Bundesstaaten. Wäre dem nicht so, so würde es nicht in der Hand des Bundesfeldherren liegen, auch nur die geringste Ordnung, das kleinste Reglement irgendwie zu modifizieren, außer im Wege der Bundesverfassungs-Änderung. Da aber einmal eine Differenz der Ansichten über diesen Punkt hier im Hause besteht, so würde es vielleicht die Versammlung mit Dank anerkennen, wenn einer der Herren Bundeskommissarien, vielleicht der Herr Kommissarius für den Krieg selber, eine Erklärung hierüber abgäbe.

Bundeskommisarius v. Roos: Ich glaube die Bedenken des Herrn Vorredner am besten dadurch widerlegen zu können, daß ich im Einflange mit den verbündeten Regierungen erkläre: es ist keine andere Absicht gewesen, als diejenige, die soeben der Herr Vorredner als zweckmäßig bezeichnet hat. Wir wollen die preußischen Gesetze und die preußischen Verordnungen, Reglements und Instruktionen aufgenommen oder vielmehr angenommen wissen in allen denjenigen Armeethälen, die dem Bundesheere neu zugehen. Wir wünschen, daß sie in volle Geltung durch diese Verfassung gestellt werden, natürlich soweit es Instruktionen, Vorschriften, Reglements sind, immer nur insoweit, als es die Zweckmäßigkeit gestattet, sie für die Folge beizubehalten. Natürlich muß aber dem Bundesfeldherren in Bezug auf Vorschriften und Reglements die Hand frei gehalten werden. Es geht nicht an, daß alle Rekripte auf einmal Bundesgesetze werden. Das war auch nicht die Absicht.

Abg. Dr. Wigard: Bis jetzt haben wir wenigstens mit bekannten Gründen gerechnet. Jetzt wird uns aber eine Vorlage zur Annahme empfohlen, die Denjenigen vollständig unbefriedigt ist, die nicht selbst Preußen sind: eine Zumutung die wohl kaum ein Abgeordneter mit seinem Gewissen zu vereinbaren vermag. (Auffregung.) Wir sollen, ohne daß man uns zumuthen kann, diese Militärgesetze Preußens zu kennen, die uns nicht einmal vorgelegt sind, sie genehmigen und gutheißen. Ich weiß nicht, wie weit die Kenntniß der preußischen Abgeordneten auf diesem Gebiete reicht. Unmöglich aber können Sie von den übrigen Abgeordneten verlangen, daß sie damit vertraut sind. Hierzu kommt, daß in dieser Militärgesetzgebung, wie sie jetzt gehandhabt wird, auch solche Bestimmungen vorhanden sind, die eigentlich kein Gesetzeskraft zu beanspruchen berechtigt sind, und die dennoch als Gesetze angewendet werden. Es ist unter diesen Umständen unmöglich, dazu unsere Zustimmung zu erteilen. Ich wenigstens kann das nicht mit meinem Gewissen vereinbaren. (Unruhe im Hause.)

Abg. v. Binde (Olbendorf) hält diese Zustimmung für ganz unbedenklich, da Jahre darüber vergehen könnten, wollte man warten, bis die Gesetze alle bekannt seien. — Das Amendement v. Fordenbeck sei ihm nicht ganz verständlich; ein Gesetz, wie das vom September 1814 könnte nicht gemeint sein, sonst könnte keine Militärverwaltung darauf eingehen. Überhaupt müsse der Militärverwaltung in Organisationsfragen ein freier Spielraum gelassen werden.

Abg. v. Scheler: Die Sache ist gar nicht so viel Worte wert, als schon darüber gesprochen sind. (Widerspruch links.) Namentlich kann ich den Grund, daß man die preußische Militärgesetzgebung nicht kenne, durchaus nicht gelten lassen. Wir stehen durchaus nicht vor einem Gesetz von so außerordentlicher Tragweite. (Unruhe und Widerspruch links.) Es handelt sich nur darum, daß, was schon für 25 Millionen gilt, auch für die übrigen 5 Millionen einzuführen. Alles das, was hier eingeführt werden soll, das besteht bei uns in Preußen schon lange. Dabei leben wir und sterben wir und befinden uns ganz wohl dabei. (Heiterkeit.) Ich weiß, daß es mit diesen Bestimmungen ganz gut geht und daher kann ich mir diese „Unterschiede“ der preußischen Militärgesetze bei einzelnen Herren nur so erklären, daß sich darin ein gewisser Bedauern über den Ausfall der Wahlen auspricht. (Auffregung links.) Ich werde für die einfache Annahme des Artikels 57 stimmen. (Bravo rechts, Unruhe links.)

Abg. v. Roos beantragt mit Rücksicht auf die bestreitete Gesetzlichkeit vieler militärischer Reglements und Instruktionen, bei der Abstimmung über Art. 57 den Passus von „die Gesetz selbst“ bis „Krieg und Frieden“ getrennt zur Abstimmung zu bringen, event. diesen Passus zu streichen.

Abg. Haberkorn: Da der Bund ein einheitliches Heerwesen hat, so muß auch die Gesetzgebung für das Heer eine einzige sein. Aber etwas anderes ist es, wenn man eine Anzahl von Reglements annehmen soll, ohne sie irgend zu kennen, zumal es sehr schwer ist, auch wenn einem die selben zugänglich sind, sich darin zurecht zu finden. Nun gebe ich aber zu, es muß ein Anhaltpunkt gefunden werden, und ich werde mich deshalb einverstanden erklären mit diesem Artikel, wenn mir eine Sicherung von Seiten der Herren Regierungsvorsteher ertheilt wird. Es ist nämlich bei uns in Sachsen die Militärgesetzgebung auf das Gehörteste geordnet; wir haben erst in diesem Jahre ein neues Gesetz über die Erfüllung der Militärpflicht eingeführt, wir haben die Militärlieferungen reguliert, wir haben ein ziemlich freies Militärstrafregister, eine neue Militärgerichtsordnung; alles vollständig geordnet. Wenn nun im Art. 57 von der „ungefährten“ Einführung der preußischen Gesetze die Rede ist, so entnehme ich daraus, daß man doch wenigstens nicht auf der Stelle alle Gesetze einführen will und ich gebe mich der Hoffnung hin, daß man gute Gesetze in anderen Bundesstaaten so lange bestehen lassen wird, bis ein Bundesgesetz darüber zur Emanation gekommen ist.

Bundeskommisarius Staatsminister v. Briesen: Zur Beruhigung des Herren Vorredners kann ich erklären, daß das neue sächsische Gesetz über die Erfüllung der Militärpflicht nur deshalb den Kammermägden vorgelegt wurde, um eine vollständige Übereinstimmung mit preußischen Einrichtungen zu erzielen (Hört! hört!) und so dieselben antcipando einzuführen. Ferner kann ich erklären, daß bei den Verhandlungen über den Verfassungsentwurf sehr sachverständige Militärpersonen auch Seitens des Königreichs Sachsen zugegen waren, und daß von diesen nicht das geringste Bedenken gegen die Annahme des Artikels 57 laut wurde.

Abg. Westen: Ich gebe vollkommen zu, daß es eine der schwersten Anforderungen an einen Volksvertreter ist, eine so große Anzahl von Gesetzen und Reglements en bloc anzunehmen zu sollen. Ich muß anerkennen, daß ich nicht preußischen Abgeordneten Recht habe, wenn sie die schwersten Bedenken hegen, eine Gesetzgebung anzunehmen, die ihnen nicht bekannt ist. Aber es bleibt gar nichts anderes übrig, es gibt gar keinen andern Ausweg, um zur Organisation einer einheitlichen Armee des Norddeutschen Bundes zu gelangen. Ich betrachte es von meiner Seite als das höchste Vertrauensvotum, das einer Militärverwaltung gegeben werden kann. (Abg. Dunder, Berlin: Hört! hört!) Ich betrachte in der That die Artikel des Entwurfs über die Bundeskriegsverfassung als die wichtigsten der ganzen Verfassung. Der Abg. Waldeck hat gemeint, in einer Verfassung gehörten solche genauen und umfassenden Bestimmungen nicht. Für gewöhnliche Verfassungen würde dieser Einwand richtig sein. Dieser Entwurf enthält aber vor Allem eine Bundeskriegsverfassung, und das ist der Theil, an dessen Zustandekommen jedem, der für die Macht Deutschlands Interesse hat, auf das Dringendste gelegen sein muß. Der Abg. Schulze erklärt gestern, die Herstellung eines Interimstituts müsse man Anderen überlassen, wir hätten eine dauernde Verfassung zu schaffen. In meinen Augen ist das Interimstitut fast wichtiger als das Provisorium, die Annahme aber des von jener Seite gestellten Antrags würde in der That ein vacuum schaffen. Es giebt aber kein einfacheres Mittel für den Augenblick, als alle Einrichtungen der preußischen Organisation anzunehmen und in sämtlichen Bundesländern einzuführen. Eine künftige Modifikation ist auch in meinen Augen ein dringendes Bedürfnis, das sich selbst in der Militärverwaltung herausschaffen wird, wenn der ganze Wust sämtlicher Reglements in den neuen Bundesländern eingeschafft, neuen nicht an die Handhabung derselben gewöhnten Beamten übergeben werden soll. Aus diesem Grunde, glaube ich auch, ist das Amendement des Abg. v. Fordenbeck, das ein Gesetz hierüber in Aussicht stellt, nicht gerade von übermäßiger Wichtigkeit. Aber als Erinnerung daran, daß dasselbe ein dringendes Bedürfnis ist, können wir auch unbedingt einem solchen Antrag zustimmen. Er unterscheidet sich von dem Rössingischen dadurch, daß letzterer für den Erlass eines solchen Gesetzes einen bestimmten Zeitpunkt fixirt. Hierzu besteht zugleich der Mangel derselben, indem es nicht sagt, was gethehen sollte, wenn bis zur angegebenen Zeit ein solches Gesetz doch nicht zu Stande gekommen. Das Amendement des Abg. v. Moltke verfehlt sich von selbst von jedem Gesetz, welches nicht gerade auf eine bestimmte Reihe von Jahren gegeben wird.

Abg. Dr. Wigard: Ich siehe allerdings nicht auf dem Boden des Ver-

trauens wie meine Vorredner, sondern ich will Garantien haben. Ich glaube auch, der erste Redner, der nach mir gesprochen hat, hat durch seine Rede genug bewiesen, wie möglich es mit der Annahme dieses Artikels sei, indem er selbst zugab, daß man den großen Umfang der damit einzuführenden Gesetzgebung gar nicht zu kennen im Stande wäre. Es wird zugegeben, daß man nicht Alles, sondern nur das Brauchbare einführen wolle. Da hätte man doch aber eine solche Vorlage machen oder wenigstens das, was zur Einführung kommen soll, zur Einsicht geben müssen. Ich halte aber auch an und für sich diesen Artikel gar nicht für notwendig, weil ja auch unsere kleinen Häfen bereits organisiert sind und diese Organisation auch ohne den Art. 57 vorwärts gehen kann. Meine Herren! Ich habe bereits ausdrücklich erklärt, wie wir gleichfalls hierher mit der Absicht gekommen seien, etwas zu Stande zu bringen, und mitzuhelfen an dem gemeinsamen Werke, aber allerdings mit dem Unterschiede, daß wir nicht durch Dich und Dünn gehen wollten, daß wir auch die Freiheiten des Volkes in der Verfassung wahren wollten. Sehen Sie auf unseren Weg zurück, seien Sie zurück auf die Haltung dieser Seite des Hauses, erinnern Sie sich, ob wir nicht gern und willig, wenn unsere Anträge abgeworfen werden, auch noch für andere gestimmt haben, nur aus dem Grunde, um es möglich zu machen, auch selbst wenn wir unsere Wünsche nicht vollständig erreichen, doch etwas zu Stande zu bringen. Gegenüber solchen Thatsachen aber muß ich eine Auseinandersetzung, die vorhin gefallen, auf das Entscheidende zurückweisen, die, daß unsere Opposition nur eine Folge der Misstümmer über den Ausfall der Wahlen sei; ich verwahre mich gegen eine solche Verdächtigung und erkläre, daß ich keinem Mitgliede dieses Hauses das Recht einräume, einem anderen Mitgliede andere Ansichten unterzuziehen und unterzulegen, als die es selbst ausgeprochen hat. (Redner hat die letzten Worte mit erhobener Stimme gesprochen. — Große Unruhe im Hause.)

Präsident Dr. Simson: Ich glaube, der Herr Abgeordnete thut dem Redner, den er meint, doch wohl Unrecht; es liegt ja kein sittlicher Vorwurf darin, wenn von einer Partei des Hauses Misstümmer über den Ausfall der Wahlen behauptet wird.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Abg. Dr. Gneist: Der Antrag des Abg. Rohden wird die Lage der Antragsteller viel schlimmer machen, als dies nach der Vorlage der Fall ist. Sie haben nicht erwogen, daß die Materie eines Militärgesetzes nie ein so einheitliches Ganze ist, um in einem kodifizierten Gesetzes erschöpft werden zu können. Da muß notwendig ein gewisser freier Spielraum für die Verwaltung, natürlich innerhalb der Grenzen des Gesetzes, übrig bleiben. Streichen Sie nun die mittleren Zeilen aus dem Artikel heraus, so machen Sie damit nur tabula rasa für eine tiefe eingreifende Reglementierungsgewalt, und unterwerfen sich vollständig unbekannten Normen. Und wenn nicht jetzt gleich eine einheitliche Gesetzgebung eingeführt wird, so wird von Anfang an ein unendlicher Streit zwischen den verschiedenen Regierungen entstehen. Wenn, was ich zugebe, die Annahme unbekannter Gesetze schwer ist, so ist die vorgeschlagene Weise, wie man dem abhelfen will, jedenfalls nicht sicher, weil Sie mit dem Streichen gerade das herbeiführen, was Sie vermeiden wollen.

Abg. v. Binde (Olbendorf) wendet sich in kurzen Worten gegen die Interpretation seiner gestrigen Deduktion von Seiten des Abg. Westen. Man könne allerdings ein Übergangsstadium für notwendig halten und dennoch nicht in der Lage sein, hier darüber zu beschließen.

Die Diskussion wird geschlossen. — Das Amendement Rhoden wird mit großer Majorität abgelehnt. Der Art. 57 des Entwurfs wird langenommen. Die Abstimmung über das Busag-Amendement des Abg. Fordenbeck ist zweifelhaft, es muß daher zur Zahlung geschritten werden, welche ergiebt, daß von 262 Anwesenden 134 für, 128 gegen das Amendement gestimmt haben. Dasselbe ist somit angenommen. (Dagegen stimmen u. a. die Abg. Maelzel, Braun (Wiesbaden), Schwarzkoppen, Schleiden, Schrader.)

Art. 58 lautet: Zur Befreiung des Aufwandes für das gesamte Bundesheer und die zu demselben gehörigen Einrichtungen sind dem Bundesfeldherrn jährlich soviel Mal 225 Thlr., in Werten zweihundert fünf und zwanzig Thaler, als die Kopfzahl der Friedensstärke des Heeres nach Art. 56 beträgt, zur Verfügung zu stellen. Vergl. Abschnitt XII. Die Zahlung dieser Beiträge beginnt mit dem ersten des Monats nach Publikation der Bundesverfassung.

1) Abg. Fürst Solms beantragt nach Art. 58, folgenden Busagartikel einzuführen, den unser Bericht gestern irrtümlich bei Art. 56 aufgeführt hat: Art. 58a. Die nach der Kopfzahl der Friedensstärke des stehenden Heeres berechneten Beiträge (Artikel 58) werden nach Ablauf von je sieben Jahren im Wege der Bundesgesetzgebung von Neuem festgestellt. Die bestehenden Beiträge sind bis zum Erlaß eines abändernden Bundesgesetzes unverändert fortzuerhalten.

2) Der Abg. v. Binde (Olbendorf). Art. 58a. Die auf Grundlage dieser Verfassung am 31. Dezember 1871 gesetzlich bestehende Organisation des Bundesheeres wird der weiteren Vereinbarung des Militärbudgets des Bundes zum Grunde gelegt.

3) beantragt Abg. Freiherr v. Moltke: dem Art. 58 folgenden Busag hinzuzufügen: „Bis zum Erlaß eines abändernden Bundesgesetzes sind die bestehenden Beiträge unverändert fortzuerhalten, ebenso bewenden es bis dahin bei dem durch Art. 56 festgelegten Prozentsatz der Bevölkerung der Bundesstaaten.“

4) der Abg. Kratz: im Art. 58 hinter den Worten „Einrichtungen sind“ einzufügen: „bis zum 31. Dezember 1869“ und nach dem zweiten Umlauf hinzuzufügen: „Die Höhe der Ausgaben für das gesamte Kriegswesen des Bundes wird für die Zeit vom 1. Januar 1870 ab jährlich durch das Bundesamt festgestellt.“

5) der Abg. v. Fordenbeck: hinter den Worten: „Einrichtungen sind“ einzufügen: „bis zum 31. Dezember 1871.“

Die Feststellung der Rednerliste ergibt neun Redner für, elf gegen die Vorlage der verbündeten Regierungen. Für: Wagener (Neustettin), v. Blaenburg, v. Steinmetz, v. Schenck, Scherer, v. Binde (Hagen), Graf Lehndorff, v. Binde-Olbendorf; gegen: Knapp, Grumbrecht, Dr. Jäger, v. Henning, Wiggers (Rostock) u. s. w.

Zunächst erhält das Wort der

Abg. Wagener (Neustettin): M. h.! Von den gestrigen Ausführungen des Abg. v. Fordenbeck, meines langjährigen geschätzten Gegners, war offenbar der Satz der richtigte, daß unsere Beratung jetzt bei den wichtigsten Gegenstande angelangt ist. Diese Wichtigkeit wird aber jetzt noch dadurch gesteigert, daß wir gestern leider das erste Amendement des Abg. v. Fordenbeck angenommen haben. Herr v. Fordenbeck hat uns dabei zugerufen: bis hierher und nicht weiter! Sollte er aber bei diesem Aufruf sich auch klar gemacht haben, daß wir ihm mit einem ähnlichen Anspruce gegenüberstehen. Auch wir haben eine Grenze, die wir nicht überschreiten können, nicht überbreiten dürfen. Herr v. Fordenbeck hat von einem Kompromiß gesprochen, thatsächlich aber hat er nicht nur sein ursprüngliches Prinzip festgehalten, sondern ist darüber noch bedeutend hinausgegangen und hat Forderungen gestellt, wie er sie schärfer kaum in der brennenden Zeit des Konfliktes über den Militärat bestellt hat. M. h. die Frage, die uns jetzt vorliegt, läßt sich am besten nach drei Gesichtspunkten hin erörtern; nämlich 1) dem militärischen, 2) dem politischen und 3) dem rein finanziellen. Was den ersten Punkt betrifft, so besteht ich leider nicht in tiefen Sachkenntnis, die es neulich einem Kollegen möglich gemacht hat, zu sagen, daß er die technische Frage doch noch besser verstehe, als der von ganz Europa bewunderte Generalsabsatz der preußischen Armee. Ich meinerseits schenke aber demselben unbedingtes Vertrauen und werde deshalb die militärische Seite der Frage nicht berühren. Auch bei der politischen Seite werde ich mich darauf beschränken, lediglich von der Einheitsfrage zu sprechen. Wer hat uns die deutliche Einheit gebracht?

(Links: Nein!) Ich denke noch an unsern Empfang auf der Domaine des Abg. für Waldenburg (Reichenheim). Das war eine Freude und ein Jubel, ein inniges Dankgefühl, wie ich es noch nie erlebt habe und durch das die Bevölkerung sich selbst ehrt, nicht bloß die Armee. Was verhindert, wenn der Feind über unsere Grenzen gebrochen in der Armee verhindert? (V. Binde-Hagen: sehr richtig!) Die Herren von damals sind auch heute nicht befehlt. Man fährt fort, die Stärke und Tüchtigkeit des Heeres zu untergraben, die Kosten für daselbe als unerträglich darzustellen und alles Geld, was für die Armee ausgegeben wird, für unproduktiv zu erklären. Kapital wird freilich nicht in der Armee gesammelt, Kapitalschneider gibt es in derselben nicht. Es bleibt auch nicht ein Großteil in der Armee. (Heiterkeit.) Aber das auf sie verwendete Geld fließt wie ein befruchtender Regen auf die ganze Bevölkerung zurück. (Große Heiterkeit.) Fragen Sie doch in den kleinen und Mittelstädten nach; das ganze Gewerbe lebt von der Garnison und prosperirt dabei. Die Armee ist aber auch notwendig, um die Integrität des Landes zu schützen und wie hat sie diese Aufgabe gelöst. Ich denke noch an unsern Empfang auf der Domaine des Abg. für Waldenburg (Reichenheim). Das war eine Freude und ein Jubel, ein inniges Dankgefühl und nun frage ich Sie, wie die Sache ausgefallen wäre, wenn die Regierung nicht mit höherer Weisheit daran festgehalten, das Werk der Heeresorganisation zu Ende zu führen. (V. Binde-Hagen: sehr richtig!) Die Herren von damals sind auch heute nicht befehlt. Man fährt fort, die Stärke und Tüchtigkeit des Heeres zu untergraben, die Kosten für daselbe als unerträglich darzustellen und alles Geld, was für die Armee ausgegeben wird, für unproduktiv zu erklären. Kapital wird freilich nicht in der Armee gesammelt, Kapitalschneider gibt es in derselben nicht. Es bleibt auch nicht ein Großteil in der Armee. (Heiterkeit.) Aber das auf sie verwendete Geld fließt wie ein befruchtender Regen auf die ganze Bevölkerung zurück. (Große Heiterkeit.) Fragen Sie doch in den kleinen und Mittelstädten nach; das ganze Gewerbe lebt von der Garnison und prosperirt dabei. Die Armee ist aber auch notwendig, um die Integrität des Landes zu schützen und wie hat sie diese Aufgabe gelöst. Ich denke noch an unsern Empfang auf der Domaine des Abg. für Waldenburg (Reichenheim). Das war eine Freude und ein Jubel, ein inniges Dankgefühl, wie ich es noch nie erlebt habe und durch das die Bevölkerung sich selbst ehrt, nicht bloß die Armee. Was verhindert, wenn der Feind über unsere Grenzen gebrochen in der Armee verhindert? (V. Binde-Hagen: sehr richtig!) Die Herren von damals sind auch heute nicht befehlt. Man fährt fort, die Stärke und Tüchtigkeit des Heeres zu untergraben, die Kosten für daselbe als unerträglich darzustellen und alles Geld, was für die Armee ausgegeben wird, für unproduktiv zu erklären. Kapital wird freilich nicht in der Armee gesammelt, Kapitalschneider gibt es in derselben nicht. Es bleibt auch nicht ein Großteil in der Armee. (Heiterkeit.) Aber das auf sie verwendete Geld fließt wie ein befruchtender Regen auf die ganze Bevölkerung zurück. (Große Heiterkeit.) Fragen Sie doch in den kleinen und Mittelstädten nach; das ganze Gewerbe lebt von der Garnison und prosperirt dabei. Die Armee ist aber auch notwendig, um die Integrität des Landes zu schützen und wie hat sie diese Aufgabe gelöst. Ich denke noch an unsern Empfang auf der Domaine des Abg. für Waldenburg (Reichenheim). Das war eine Freude und ein Jubel, ein inniges Dankgefühl und nun frage ich Sie, wie die Sache ausgefallen wäre, wenn die Regierung nicht mit höherer Weisheit daran festgehalten, das Werk der Heeresorganisation zu Ende zu führen. (V. Binde-Hagen: sehr richtig!) Die Herren von damals sind auch heute nicht befehlt. Man fährt fort, die Stärke und Tüchtigkeit des Heeres zu untergraben, die Kosten für daselbe als unerträglich darzustellen und alles Geld, was für die Armee ausgegeben wird, für unproduktiv zu erklären. Kapital wird freilich nicht in der Armee gesammelt, Kapitalschneider gibt es in derselben nicht. Es bleibt auch nicht ein Großteil in der Armee. (Heiterkeit.) Aber das auf sie verwendete Geld fließt wie ein befruchtender Regen auf die ganze Bevölkerung zurück. (Große Heiterkeit.) Fragen Sie doch in den kleinen und Mittelstädten nach; das ganze Gewerbe lebt von der Garnison und prosperirt dabei. Die Armee ist aber auch notwendig, um die Integrität des Landes zu schützen und wie hat sie diese Aufgabe gelöst. Ich denke noch an unsern Empfang auf der Domaine des Abg. für Waldenburg (Reichenheim). Das war eine Freude und ein Jubel, ein inniges Dankgefühl und nun frage ich Sie, wie die Sache ausgefallen wäre, wenn die Regierung nicht mit höherer Weisheit daran festgehalten, das Werk der Heeresorganisation zu Ende zu führen. (V. Binde-Hagen: sehr richtig!) Die Herren von damals sind auch heute nicht befehlt. Man fährt fort, die Stärke und Tüchtigkeit des Heeres zu untergraben, die Kosten für daselbe als unerträglich darzustellen und alles Geld, was für die Armee ausgegeben wird, für unproduktiv zu erklären. Kapital wird freilich nicht in der Armee gesammelt, Kapitalschneider gibt es in derselben nicht. Es bleibt auch nicht ein Großteil in der Armee. (Heiterkeit.) Aber das auf sie verwendete Geld fließt wie ein befruchtender Regen auf die ganze Bevölkerung zurück. (Große Heiterkeit.) Fragen Sie doch in den kleinen und Mittelstädten nach; das ganze Gewerbe lebt von der Garnison und prosperirt dabei. Die Armee ist aber auch notwendig, um die Integrität des Landes zu schützen und wie hat sie diese Aufgabe gelöst. Ich denke noch an unsern Empfang auf der Domaine des Abg. für Waldenburg (Reichenheim). Das war eine Freude und ein Jubel, ein inniges Dankgefühl und nun frage ich Sie, wie die Sache ausgefallen wäre, wenn die Regierung nicht mit höherer Weisheit daran festgehalten, das Werk der Heeresorganisation zu Ende zu führen. (V. Binde-Hagen: sehr richtig!) Die Herren von damals sind auch heute nicht befehlt. Man fährt fort, die Stärke und Tüchtigkeit des Heeres zu untergraben, die Kosten für daselbe als unerträglich darzustellen und alles Geld, was für die Armee ausgegeben wird, für unproduktiv zu erklären

des preußischen Abgeordnetenhauses dadurch verewigt wird. Der Militär-Konflikt wird vielmehr gelöst schon durch den Art. 55, den Sie bereits angenommen haben; er wird gelöst dadurch, daß Sie die dreijährige Dienstzeit anerkannt haben als eine verfassungsmäßige Pflicht, er wird gelöst dadurch, daß Sie die Dienstpflicht im stehenden Heere auf sieben Jahre ausgedehnt haben. Ein solcher Konflikt wird nicht wiederkehren. Das alte Sprichwort: „Gebraunte Kinder scheuen das Feuer“ wird sich hier wohl auch auf Männer anwenden lassen. Es ist gegen alle Grundsätze der Psychologie und gegen die Erfahrungen der Geschichte, daß sich derselbe Fehler, der politisch nachtheilige Folgen geahnt, wiederholt. Deshalb brauchen wir keine solche Vorsorge zu treffen. Der Kriegsminister erkennt selbst an, daß das Pauschquantum für die Armeeverwaltung ein bedenkliches Institut sei. Und nun sollen wir es nicht blos für einige Zeit, sondern dauernd verfassungsmäßig einrichten. Die Ammendements fordern bewilligen Alles auf eine bestimmte Zeit; nur nach Ablauf derselben sollen die Bestimmungen revidirt werden. Die Militär-Verwaltung verschlingt nahezu die Hälfte aller Netto-Einnahmen; die Ablösung dieses Staats aus dem einheitlichen Staatshaushaltsetat wäre ganz erorbitant. Durch ein solches Pausch-Quantum wird auch die Kontrolle vollständig entzogen; Sie schaffen dadurch einen besonderen Militärstaat im Staate; und das wäre sehr gefährlich. Durch eine solche Wirtschaft mit einem Pausch-Quantum wird auch leicht zur Verschwendug angeregt. Und glauben Sie, denn meine Herren, daß die künftigen Vertreter der Nation aus kleinlichen Bedenken die Mittel für das Heer verweigern könnten? (Abg. v. Binde (Hagen) ruft: ja!) Die Erfahrungen in Preußen können hierbei nicht maßgebend sein; der Konflikt nicht bei der Militärfrage ausgebrochen, wäre er wahrscheinlich wo anders ausgebrochen. Meine Herren, wir können keine Institution schaffen, die den nackten Absolutismus an der Stirn trägt; eine solche Institution ist aber das Pausch-Quantum. — Noch ein anderes Bedenken, das große Bedeutung hat, sollte uns davon abhalten. Es läßt sich nicht verhehlen, daß die Militärlast eine sehr schwere und drückende ist. In Zeiten, wie die gegenwärtige Unzufriedenheit im Staate hervorrufen können; sie kann sehr leicht als politisches Agitationsmittel benutzt werden. Haben Sie nun einen Normalat, so richtet sich die Unzufriedenheit allein gegen die Militärverwaltung und gegen die Regierung. Wenn aber die Volksvertretung alljährlich darüber beschließt, so wird diese ihren Theil daran haben, und das Volk kann sich nicht beflingen, da mit Zustimmung seiner Vertreter Alles bewilligt ist.

Der Präsident teilt mit, daß vom Abg. v. Bennigsen folgendes Sous-amendement eingegangen ist:

„Dem v. Binde'schen Antrage (Nr. 155) folgende Fassung zu geben:

„Für die Zeit nach dem 31. Dezember 1871 wird die auf Grundlage dieser Verfassung gesetzlich bestehende Organisation des Bundesheeres der weiteren Vereinbarung des Militärbudgets des Bundes zu Grunde gelegt.“

Abg. v. Binde (Hagen) (gegen den Entwurf): Das große Prinzip der Reorganisation, die Reduktion der älteren Jahrgänge der Landwehr, habe ich niemals bekämpft; meine Opposition in preußischen Abgeordnetenhause war nur auf die zweijährige Dienstzeit gerichtet. Über diese Differenz sage ich heut nichts weiter; sie ist durch das gefrigie Votum des Hauses erledigt. — In einem Bundesstaate muß man einen Punkt hauptsächlich beachten: gewisse Institutionen müssen einen festen, dauernden Charakter erhalten, um die Existenz des Staates sicher zu stellen. Wir zumal müssen Schutz haben gegen die zahlreichen Feinde unseres neuen Werkes in Europa; und diese werden so bald nicht schwunden, sondern so lange fortbestehen, so lange überwaltet die Nachbarvölker in Europa mit einander wetteifern. Wenn erst der Süden Deutschlands zutritt, was nur noch eine Frage der Zeit ist, dann muß Deutschland die prädominante Macht in Europa sein nach Ost und West, und ohne seinen Willen dann kein Kanonenschuß abgefeuert werden. (Beifall rechts.) Hierzu aber gehört eine starke Armee; ein gewisses Minimum der Armee muß deshalb immer bestehen. Bei dieser Frage muß zuerst für uns maßgebend sein die Existenz des Staates, und dann erst die National-Oekonomie. Es ist viel gesprochen worden von der Notwendigkeit von Kompromissen im konstitutionellen Staate. Nun ja, die Annahme der Regierungsvorlage würde ein solcher Kompromiß sein. (Selächter links.) Dieses Minimum der Armees besteht in allen europäischen Staaten als feststehender Theil des Budgets, nur England ist in gewisser Beziehung ausgenommen. Dort sind aber auch die Verhältnisse ganz andere. Da, meine Herren, wenn Sie den konserватiven Geist der englischen Nation uns garantieren würden, dann könnte ich mit Ihnen stimmen. Aus unserer langen Vergangenheit haben wir aber das abhängende Beispiel vom Gegentheil erfahren; wir haben gesehen, daß die Menschen bei uns anders sind. — Wir wollen uns eben auf den gesetzlichen Boden stellen, und diese Sachen nicht dem wechselnden Willen der Regierung und Volksvertretung überlassen, sondern ein festes Gesetz schaffen, das uns aller Streitigkeiten überhebt. Sie wollen bei jeder Gelegenheit Verantwortlichkeit haben. Wie können Sie über einen Minister verantwortlich machen, wenn er 1871 noch nicht weiß, was 1872 beschlossen werden wird? Sie legen dadurch auf Jahre vorher die Regierung des Landes fest. Durch einen solchen Beschluß stellen Sie einen Wechsel aus auf die gute Meinung des Reichstags von 1871. Das ist ein va banque-Spiel! (Heftiger Widerspruch links.) Man spricht viel von Diktatur, von nacktem Absolutismus. Ich weiß nicht, was Sie Absolutismus nennen, wollen Sie es denn Absolutismus nennen, wenn Se. Majestät der König als Bundesfeldherr eine fest begrenzte gesetzliche Gewalt erhält, welche notwendig ist, um europäische Politik zu machen.

Der Abg. Lasker hat gesagt, man dürfe der Zukunft nicht vorgreifen, sondern müsse auch auf den künftigen Reichstag vertrauen. Ja, wenn der so betrete und patriotische Herr Abgeordnete seine eigene Existenz sicher stellen könnte, dann wäre kein Gefahr vorhanden. (Zeichen des Unwillens links, Beifall rechts), so aber ist dies sehr problematisch. Den Staat darf man nicht gründen auf wechselnde Persönlichkeiten, das Vertrauen muß eine feste Grenze haben. — Die immerwährende Erinnerung an den Konflikt bedauere ich (Ruf: zur Sache); man sollte alte Wunden nicht immer aufrütteln, sondern sich beflextigen, dies aus der Geschichte unseres Landes zu vergeben. Den Herrn Vorredner muß ich übrigens bemerken, daß der preußische Staat durch den Konflikt durchaus nicht erschüttert wurde, sondern noch größer aus dem Konflikt hervorgegangen ist. (Ruf: zur Sache!) Wenn er meint, daß man denselben Fehler nicht zweimal mache, so erinnere ich ihn nur an Frankreich; hier war im Jahre 1830 ein Konflikt zwischen den Bourbons und dem Volk, im Jahre 1848 war ein anderer Konflikt zwischen den Orleans mit dem Volk. Und hat denn das französische Volk etwas daraus gelernt? Jetzt sehen wir es seufzen unter dem eisernen Scepter Napoleons III.; wir ersehen daraus, daß Erfahrungen sehr oft vergebens gemacht werden. — Es ist wunderbar, daß diese Ammendements gerade von Seiten jener Herren kommen, die neulich die Interpellationen gefordert haben; es genügt nicht allein, patriotisch zu reden, man muß den Patriotismus auch betätigen. (Zeichen der Entrüstung links, Beifall rechts.) Wenn die Lage von Europa wirklich nicht mehr so schlimm ist, wie jetzt, wer hindert denn dann die Regierung und den Reichstag, das Heer zu vermindern? Es ist ungerechtfertigt, anzunehmen, daß in dieser Beziehung die Regierung im Gegensatz zur Landesvertretung sich stellen würde; denn wenn Sie der Regierung nicht trauen, daß sie die Interessen des Landes wahren würde, so stellen Sie ja das wesentlichste Element des Norddeutschen Bundes in Frage. Das scheinbare Argument, das vorgebracht wird, ist das Budgetrecht. Was ist denn Budgetrecht? Hat denn das Budgetrecht in einem Lande jemals die Bedeutung gehabt, daß jedes Jahr alle Staatsinstitutionen in Frage gestellt werden können? Das eigentliche Budgetrecht wird nicht entzogen durch den Artikel, es wird höchstens ad hoc aufgegeben, in den engen Grenzen für 300,000 Mann Soldaten. Der Landtag bekommt dadurch keine ohnmächtige Stellung, nur die allmächtige wird etwas beschränkt. Die 225 Thaler reichen doch nicht für alle Militärbedürfnisse aus; es werden Anleihen nötig werden, und hier hat der Reichstag dann ein bedeutendes Recht.

Das preußische Volk in seiner Mehrheit hat immer zur Regierung gestanden (Ruf: zur Sache!); auch 1849, als die Nationalversammlung die Steuern verweigerte (Ruf: zur Sache!), eben so wie 1866 zur Zeit des Krieges. Zum preußischen Volke gehören nun freilich auch die Mitglieder der Fortschrittspartei; von denen nun allerdings jetzt ein großer Theil sich rühmen kann, seine Ansicht geändert zu haben. (Ruf: zur Sache!) Zur Widerlegung, zur Schämung derjenigen, welche neulich bei einer Ausführung von mir so große Heiterkeit zeigten, will ich Ihnen doch eine Stelle aus dem Wahlprogramme der Fortschrittspartei verlesen. (Ruf: zur Sache!) Medien wendet sich an einen an der Rednertribüne vorübergehenden konservativen Abgeordneten mit der Bitte, ihm ein auf seinem Blatte liegendes Auktionsstück zu reichen. Nachdem dieser es gereicht, schlägt Redner das Beste auf und verliest eine Stelle, die angeblich aus dem Wahlprogramm der Fortschrittspartei vor dem Kriege sein soll. Es heißt dort, daß man gegen die auswärtige Politik Bismarck antämpfen müsse, da die wahren Interessen des deutschen Volkes nicht dadurch gewahrt würden, da die Einmischung des Auslandes hervorgerufen und der Besitz deutschen Landes in

Frage gestellt würde. Nun, meine Herren, wie denken Sie jetzt darüber? (Große Heiterkeit rechts; Ruf von links: Luxemburg!) Ich dachte, das Hohnlachen wäre jetzt an mir. (Selächter.) Wenn eine Partei ein solches Programm aufstellt, dann können wir wohl noch vertrauen auf das Volk selbst, nicht aber auf die zweifelhaften Vertreter derselben. (Beiden des Unwillens links.) Die letzten Wahlen haben die wahre Gesinnung des Volkes bewiesen. (Ruf: zur Sache!) Seien Sie der jüngsten Vergangenheit eingedenkt; stellen Sie unsern neuen Staat nicht auf eine schwankende Basis, sondern helfen Sie die schlammten Seiten bannen. (Beifall rechts, lachen links.)

Der Präsident verliest einen vom Abg. Dr. Baille zum Ammendement Binde gestellten Zusagantrag, welcher lautet: „Bis zum Erlass eines abändernden Bundesgesetzes bewendet es bei dem durch Art. 50 festgestellten Prozentsatz der Bevölkerung der Bundesstaaten.“

Abg. Miguel (gegen die Vorlage): Noch in keiner parlamentarischen Verhandlung habe ich so viel extreme Behauptungen gehört, wie heute; am meisten von dem Abg. v. Binde, der da meint, wir verdrehen durch unseren Antrag das Budgetrecht zum Gespenst, wir würden nicht, was Budgetrecht wäre; der ferner sagt, daß er zwar dem Volke vertraue, aber nicht den Volksvertretern. Mit allen diesen Behauptungen zeigt er weiter nichts, als daß er eben nicht zur liberalen Partei gehört, sondern zur absolutistischen. (Beifall links, Widerspruch bei den Altkirchen.) Ja, meine Herren, zur absolutistischen; denn diese Grundsätze des Herrn v. Binde wären ebenso gut anwendbar auf jeden anderen Gegenstand des Bewilligungsrechtes, wie auf die Armee. Er hat ferner gesagt: in allen anderen Ländern wäre ein fixirter Militärdienst. Diese Behauptung ist einfach falsch, ebenso wie seine neuliche Behauptung gegen den Abg. Lasker in Betreff des Ministeriums Walpole. (Große Heiterkeit links.) Der Abg. Wagner geht in extremen Behauptungen noch einen Schritt weiter; er sagt, die Einheit Deutschlands sei allein geschaffen durch die Armee und bestehen in der Armee. Meine Herren! Die Armee hat die Einheit nicht allein geschaffen; sie hat nur die Hindernisse weggeräumt, die derselben entgegenstanden, die Einheit besteht in dem allgemeinen Volksbewußtsein. — Das von uns gestellte Ammendement entspricht in Wahrheit der gegenwärtigen politischen Lage des Norddeutschen Bundes; ohne Übergangsstadium können wir nicht auskommen, wir müssen eine Zeit lang den Cretive Hand lassen. Es wäre aber ganz fehlerhaft, aus der Notwendigkeit der Übergangszeit zu folgern, daß das Budgetrecht überhaupt vom Nebel wäre.

Der Abgeordnete für Menzel (v. Moltke) hat gesagt, in Militärsachen könnten wir nicht mitreden, da wir nichts davon verstanden. Nun, meine Herren, der Reichstag wird künftig auch über andere Sachen zu beschließen haben: Civilprozeßordnung, Obligationsrecht, Justiz-Organisation. Wenn der Herr Abgeordnete Recht hätte, so würden dann eine Menge Männer hier sitzen, die unfähig sind, mitzustimmen. Mit dieser Theorie, meine Herren, tödlich man nicht nur das Budgetrecht, sondern den Parlamentarismus überhaupt. (Beifall.) Die Theorie ist aber durchaus falsch. Es ist nicht so big, daß jedes Mitglied in alle Einzelheiten eingeweiht ist, dafür sind die Techniker vorhanden. Das Parlament hat die verschiedenen Seiten einer Frage abzunägen, nicht bloß die technische Seite allein. — Es ist gesagt worden, daß durch ein dauerndes Pauschquantum herbeigeführt werden. In Hannover haben wir aber gerade die gegenwärtige Erfahrung mit dem fixirten Militär-Etat gemacht. Die Stände hatten die Kurzsichtigkeit, zu glauben, daß dies billiger sei; die Folge davon war aber keine schlechte Verwaltung, weil sie nicht kontrolliert war. Kontrollierte Verwaltungen geben immer eine größere Garantie für die Sparsamkeit. Sie wollen nur durch den Normal-Etat einen Konflikt verhindern? Herr v. Binde hat selbst gesagt, daß 225 Thaler das Minium wären; es würden bald extraordinaire Forderungen an den Reichstag gestellt werden; da könne er kein Budgetrecht anwenden. Ich glaube auch, daß diese Summe nicht lange reichen wird und daß die Regierung extraordinaire Bewilligungen verlangen wird. (Der Kriegsminister ist zustimmend.) Es ist nun gesagt worden, die figürte Summe wäre nur Ordinarium; das ist aber unrichtig; die Verfassung sagt, daß selbst Befreiungen daraus gedekt werden sollten, soweit die Mittel ausreichen; es sind also alle Ausgaben darauf verwiesen. — Das Parlament wird immer mehr oder weniger eine unnatürliche Schranke im Verlust des Budgetrechts finden, und dasselbe, wenn es einmal bei außerordentlichen Bewilligungen in Anwendung kommt, hier schwächer ausüben, als bei anderen Verwaltungszweigen; es wird immer mit einer gewissen Mißgunst an die Sache gehen, das ist aber sehr bedenkllich. Wenn der Kriegsminister einmal mit einer extraordinären Anforderung kommt, so wird man klare Nachweise über die Verwendung des Ordinariums verlangen, um zu sehen, ob daselbe nicht ausreicht, und man wird das bis dahin verweigerte Recht leicht dadurch ergründen, daß man extraordinäre Forderungen ablehnt. In Hannover haben wir wenigstens diese Erfahrung gemacht. Als durch die schlechte Verwaltung bei dem fixirten Budget die Armeen in Verfall kamen, eroberten sich die Stände durch die Verweigerung der extraordinären Forderungen das Budgetrecht wieder. — Wir können unmöglich auf den Hauptteil des Budgetrechts verzichten, ohne das Ganze dadurch zu vergeben. Für die Volksvertretung ist die Hauptaufgabe die Ermittlung der Bedürfnisse der verschiedenen Verwaltungszweige nach dem Bedürfnis und der Leistungsfähigkeit der Nation; diese Aufgabe kann sie nicht ausüben, wenn ihr ein Verwaltungszweig gänzlich entzogen ist. Man sagt nun: die konstitutionellen Grundsätze können zwar in einem Einheitsstaate, nicht aber in einem Bundesstaate zur Durchführung kommen. Wenn das vollständig wahr wäre, so hieß es: die deutsche Einheit ist mit der Freiheit auf die Dauer unvereinbar. Wenn das richtig wäre, so würde sich unsere ganze Stellung zu dem Entwurfe ändern. Wir haben aber ein besseres Vertragen auf die Bernunft und die Einsicht unserer Nachfolger im Parlament. Wir opfern manche Lebblingswünsche, um den großen Zweck zu erfüllen; was wir uns zutrauen, müssen wir aber auch unseren Nachfolgern zutrauen; wir stimmen nicht mit Herrn v. Binde überein, der wohl dem Volke, nicht aber den Volksvertretern trauen will. Unsere ganze politische Anschauung beruht auf dem Vertrauen zu den Vertretern der Nation zu aller und jeder Zeit. (Lebhafte Beifall.)

Nachdem der Abg. Fürst Solms sein Ammendement unter großer Unruhe des Hauses motivirt, verlangt das Wort der

Bundestagsmitglied v. Roos: Ich nehme das Wort nur um einige extreme Behauptungen zu berichtigten. Der Herr Abgeordnete Grumbrecht hat gesagt, daß durch die Pauschbewilligung dem Finanzminister die Kontrolle der Militärverwaltung entzogen werde. Der Kriegsminister, m. H., gibt ohne den Finanzminister nicht einen Pfennig aus und ihre Verhandlungen spinnen sich oft so lange aus, bis sie sich über den Etat der Militärverwaltung verständigt haben. Dieser Etat bindet den Kriegsminister, mag er der Landesvertretung vorlegen sein oder nicht, und er wird durch seine Kollegen und die Oberrechnungskammer kontrolliert, mag die Zustimmung der Landesvertretung dazu erreicht sein oder nicht. Schon im Abgeordnetenhaus habe ich gesagt, daß ich an dem Pauschquantum kein sonderliches Gefallen habe. Ich verlange das gesetzliche Gebundensein an einen fixirten Etat, wir sind daran in Preußen gewöhnt, und ich habe kein Verlangen, kein Interesse, aus der Tasche zu wirtschaften wie es mir beliebt. Die Pauschsumme ist aber kein Militärabonnement, wie es in Hannover bestand. Dieser Ausdruck deutet darauf hin, daß der Kriegsminister die Verwaltung gegen ein Pauschale in Entreprise genommen, und es wird sich wohl Niemand in einem großen Staate finden, der den Mut dazu hätte. Die Kontrolle des Finanzministers ist notwendig und sie wird von Niemand, auch vom Finanzminister nicht, als unerlässliche Schranke empfundene Gefahren gehen daraus für uns nicht hervor, eben wegen der doppelten Kontrolle, so wenig, wie das Budgetrecht dadurch beeinträchtigt wird. Das Budgetrecht des preußischen Landtags beruht auf der preußischen Verfassung, aber nur auf dieser; hier soll eine neue Verfassung geschaffen werden. Da Art. 109 der preuß. Verfassung der Regierung die Einnahme zuführt, so ist dort die Gefahr nicht groß, hier aber werden die Einnahmen in Frage gestellt; dieser Gefahr möchte ich mich nicht aussetzen und bitte alle Patrioten sich das zu überlegen. Gewisse Ausgaben sind unter allen Umständen zu leisten, so für die Armee. Die jährliche Bewilligung macht eine wohlfeile Verwaltung, die einer Disposition auf mehrere Jahre bedarf, nicht möglich. So baut man bekanntlich am steuerfreien, wenn man lange baut und die Militärverwaltung wird theuer bauen, wenn sie je nach den jährlichen Bewilligungen im Ordinariuum langsam bauen muß. Kann sie disponieren, so kann sie auch sparen.

Der Abg. Miguel hat aus meinen „Erläuterungen“ herausgelesen, daß die 225 Thlr. das Ordinariuum des Militäretats bestreiten, also die baulichen Ausgaben nicht. Aber unser Etat führt auch im Ordinariuum dergleichen auf. Reichen die 225 Thlr. nicht aus, so werden wir uns für extraordinäre Bedürfnisse an den Reichstag wenden. Vorläufig machen wir den Versuch und zeigen den guten Willen, so sparsam zu sein, daß wir damit reichen. Ich befürchte auch in dem Hause nicht die Verbitterung des Reichstages, wenn er in der gehobenen Räte nicht die Einnahmen hat auf wie gespielt. Der Herr Abg. Miguel spricht von der schlechten Verwaltung, die in Hannover eintritt, weil man dort den Etat nicht regelmäßig bewilligte. Sollte Sie bei uns je eintreten, so werde ich der Erfreie sein, der eine strengere Kontrolle verlangt. Aber einstweilen verdient sie noch

das Vertrauen, das sie seit Jahrhunderten besitzt. Die 225 Thlr. sehe ich als die Minimalbedingung für die Armee als wichtigste Einrichtung, die vor allen Stimmungen und Parteivoten unabhängig gestellt werden muß, wie im Deichverband die Forderung für die Erhaltung des Deiches allen anderen vorangeht. Mit Freude habe ich das Bekennnis früherer Freihümer in Bezug auf die Vortrefflichkeit, oder wie es mir zu sagen zieht, die Brauchbarkeit der Neorganisierung vernommen und daß kein Reichstag mit Grund und Recht die Existenz der Armee gefährden könne. Aber Gründe finden sich immer und über das Recht denkt man leider sehr verschieden. Darum fasse ich kein Vertrauen, wenn nicht durch Paragraphen festgestellt wird, was Rechtes ist. Was das Ammendement v. Bordenbach betrifft, so werden wir von Ihrer Freigebigkeit weiteren Gebrauch machen. (Heiterkeit.) Um möglich zu sein, ist die Drist zu kurz; schon die zehnjährige ist willkürlich. Ich glaube keine Indiskretion zu begehen, wenn ich sage, daß unsere Militärtkonventionen mit den Staaten, die das Reservekorps stellen und ihnen eine Erleichterung gewähren, auf eine siebenjährige Drist zur allmäßigen Überwindung der Prägravationen berechnet ist, die doch keinem Mitgliede des Bundes zugutekommt und dasselbe gilt auch von einigen anderen deutschen Staaten. Die übrigen Ammendements schützen uns vor der Gefahr, ins Leere zu fallen. Meine Herren, das konstitutionelle Leben beruht auf Kompromissen, aber des Vaterlandes Wohl darf ich nicht kompromittieren (Lebhafte Beifall).

Ein Antrag auf Schluß wird abgelehnt.

Abg. Zweyten: Es handelt sich hier nicht um auswärtige Politik, sondern um eine konstitutionelle Forderung vom höchsten Gewicht und wir müssen unterscheiden zwischen den Forderungen des Augenblicks und dem dauernden Recht des Vaterlandes. Die Existenz der Armee ist immer geschützt durch den gefundenen Menschheitsstand und das Recht. Bei dem Konflikt, auf den Niemand in so provocirender Weise zurückkommt, wie der Abg. v. Binde (Zustimmung), handelt es sich nicht um gesetzlich bestehende, sondern um neue Einrichtungen. Wir aber nehmen offen die Neorganisierung an, die dreijährige Dienst, die vierjährige Reserveweit und nebst allen Einrichtungen, Reglementen u. s. w. Konventionen, von denen ein Theil den Konflikt unmöglich gemacht hätte. Nun verlangt man mehr, und auch dies Mehr wollen ich und meine Freunde für eine gewisse Zeit, nur nicht für immer zugesetzen. (Redner führt mit Verzuf auf den Brief v. d. Heydt aus, daß die 225 Thlr. pro Kopf einen Mehrbedarf gegen alle früheren preußischen Staats bedeuten, wie auch früher immer weniger als 1 Prozent ausgehoben sei.) So lange der Norddeutsche Bund ein norddeutscher bleibt, wird die Beunruhigung des Friedens fortduern und unsere volle Rüstung noch wendig sein. Aber selbst Graf Bismarck eröffnete in der Generaldebatte die Aussicht, daß nach Ablauf einer Übergangszeit auch der Militäretat regelmäßig bewilligt werden solle. Die künftigen Reichstage werden nicht minder patriotisch sein wie dieser. Hat man dies Vertrauen nicht, so wird jede Verfassung unmöglich. Die preußische Regierung wird nach wie vor das Geld aus den Einnahmen in ihrem Kasten haben, nur noch mehr Geld als sonst; werden doch jetzt Anleihen im Betrage von 57 Millionen kontrahiert. Johannes Müller sagt: Anerkennung des urkundlichen Rechtes verbürgt Sicherheit und Ruhe; und wir dürfen nicht im Moment der Erregung Rechte aufgeben, die man später mit schweren Kämpfen wiedergewinnen müssen.

Bundeskommissar, Staatsminister v. Roos: Ich will ausdrücklich mit der Deutlichkeit, die mir zu Gebote steht, erläutern, daß ich primo loco den Verfassungsentwurf unverändert angenommen zu sehen wünsche; daß mir nächstmöglich das Ammendement des Fürsten zu Solms erwünscht wäre, wenn die Regierungsvorlage nicht zur Annahme käme, weil dasselbe alle Bedenken beseitigt, die mir in dieser Angelegenheit vorliegen; einmal wird die kurze Periode angemessen ausgedehnt, und wir fallen nicht in das Leere, wie wenn die Bestimmungen des gestern angenommenen Artikels 56 unverändert und unreformiert blieben, wo es heißt: „für die spätere Zeit wird die Friedensstärke des Heeres im Wege der Bundesgesetzgebung festgelegt.“ Wenn die Bundesgesetzgebung nicht eintreten sollte, so muß doch, bis sie eintritt, irgend ein Bußstand da sein. In so fern ist mir das Ammendement annehmbar. Ebenso das des Freiherrn v. Moltke, das auch im Wesentlichen und ohne Beschränkung der Zeitdauer die Bedenken erledigt, die mich erfüllen. Die jordan noch vorliegenden Ammendements der Herren v. Binde, v. Bennigsen und Baille stehen im engsten Zusammenhang. In diesem Zusammenhang würden sie mir alle drei nicht feindlich erscheinen. Das Ammendement Baille ist von dem Herrn Präsidenten vorhin verlesen worden; es ist noch nicht gedruckt, befindet sich aber in meinen Händen und ich darf deswegen mir vielleicht erlauben, dies Ammendement noch einmal zu verlesen. Es lautet:

„Bis nach Erlass eines Bundesgesetzes bewendet es bei den im Artikel 56 festgestellten Prozentsatz der Bevölkerung.“ Sodann möchte ich bemerken, daß Tribünenerklärungen und die individuellen Auslassungen der Redner, welche diesen Platz gerade inne haben, nimmermehr eine rechtliche Zustand schaffen und nimmermehr eine Garantie geben, welche spätere Zwistigkeiten ausschließen. Ich habe schon vorhin das, was gestern Herr Lasker, Herr v. Sybel, Herr von Bordenbach und ich weiß nicht wer noch, gesagt haben in Bezug auf die Einführung der Neorganisierung,

in ein Wagnis hineingeworfen, welches er als ein Spiel bezeichnete, das wir hätten vermeiden müssen. Ich weise diese Verdächtigung, die mir heute nicht zum ersten Male entgegentritt, die ich aber noch nicht Gelegenheit fand, öffentlich und mit Energie zurückzuweisen, auf das Bestimmteste als eine unwahre Partei-Erfindung zurück. Wir waren in der Lage, gegen unberechtigte, lang vorbereitete Angriffe, gegen eine unberechtigte Majorisierung Preußens am Bunde, gegen eine Gefahr, welche nur mit Bayonetten abgewendet werden konnte, in ehrlicher Selbstverteidigung, in der Rothwehr zum Degen zu greifen und das Wort „Spiel“ darauf anzunwenden — ich will den Ausdruck, der mir kam, nicht gebrauchen — er paßt nicht. (Lebhaftes Bravo.)

Bei der Abstimmung wird das Amendement Krag abgelehnt, das v. Forckenbeck und Alinea 1 der Regierungsvorlage angenommen, der Zusag'antrag des Fürsten Solms abgelehnt, der des Abg. v. Moltke bei Stimmenzählung mit 139 gegen 130, bei namentlicher Abstimmung mit 138 gegen 130 Stimmen abgelehnt, das Amendement Falk wird in Zahlung mit 133 gegen 128 Stimmen abgelehnt, das v. Bennigsen dergleichen, endlich der Art. 55 mit dem Amendement v. Forckenbeck im Ganzen angenommen. (Der Antrag v. Vincke ist zurückgezogen.)

Schlüß 5 Uhr. Nächste Sitzung Montag 10 Uhr.

Parlamentarische Nachrichten.

Die in dem gestrigen Sitzungsbericht mitgetheilte erste Rede des Abgeordneten Lasker bedarf folgender Ergänzung und Berichtigung. Der Herr Abgeordnete hat nicht gesagt, daß bei der Etatsberatung auf Grundlage der Neorganisationsgesetz nur „um einen Spielraum von einigen Hunderttausend, höchstens einer Million“, sondern daß es sich um einen Spielraum von mehreren Tausend Mann und mehreren Millionen Thalern in jedem Jahre handle. — In Bezug auf das Interimistium hat er erkannt, daß ihm eine längere Frist auskömmlich erscheine und deshalb in erster Linie für das Amendement Krag gestimmt, welches die Übergangszeit bis Ende 1869 festsetzen wollte. — Am Schluße hat er angerathen, daß man den Konservativen nicht den irreleitenden Vorwurf gestatte, als ob die liberale Partei die Kriegsverfassung des Landes gefährden wolle, ein Vorwurf, welcher stets unwahr gewesen, aber dennoch auf einen Theil des Volkes einen der liberalen Partei schädlichen Eindruck gemacht habe.

Lokales und Provinzielles.

Posen, den 8. April.

— Der schon am Sonnabend angekündigte, im Theater stattfindenden Vorstellung lebender Bilderd aus der „Glocke“ mit Instrumental-Musik und Declamation ist wohl schon dadurch ein zahlreicher Besuch gesichert, daß ihr Erträgnis zum Besten der Klein-Kinder-Bewahr-Aufstalt bestimmt ist, einer Anstalt, für die unser Publikum immer eine wohlwollende Theilnahme bewiesen hat. Hoffentlich werden die nicht geringen Bemühungen des unermüdlichen Vorstandes dieses Mal um so mehr die verdiente Würdigung finden, als die pekunären Verhältnisse des Vereins durch die Kalamitäten des vergangenen Sommers schwer gelitten haben.

— Der zooplastische Garten des Hrn. Sobel ist seit einigen Tagen im Volksgarten-Saal aufgestellt und bietet den Lehrreichen und Interessanten sehr viel. Und zieht namentlich der auf dem räumlichen Orchester des Saales arrangierte Gemälde mit seinen vielen Thiergruppen an; ein Stück Gebirgsleben in höchst frischer Darstellung. Von den vortrefflichen Gruppen dieses Saales erwähnen wir den Segadler, der mit ausgebreiteten Flügeln (Vänge 7'3") auf seinem Opfer, einer Gazelle steht; die Schleiereule und ihre Jungen im Nest, von einer wilden Käse angegriffen; drei Bussarde im Kampfe; Steinadler im Kampfe mit einer Gans; Uhu im Kampfe mit dem Fuchs um ein Rehälchen; Schneehühner und Alpenhähne. Ein schönes Exemplar finden wir in dem aufgestellten Edelhirsch, ebenso in der Rehkuh und dem Kalbchen. Die Jagdgruppen zeigen den Jäger im Eisen; einen schwäbischen Fuchs, den die wilde Eide wieder entwickt ist; den Silberfuchs und Falanen; die Rohrdrommel und Iltis etc. Ein interessanter Thierkampf wird in einer Gruppe: „Der Keuler, von Wölfen überfallen“, dargestellt. Um ein Bassin in der Mitte des Saales sind die verschiedenen Vogel gruppirt: Pelikan, Goldfasanen, ägyptische Fuchsagans, Brandenten, Mönchsente, Regenpfeifer u. a. Eine Faunengruppe mit Vorstehhunden dürfte für Jagdfreunde eine besondere Anziehungskraft haben. Unter den 26 Charakterbildern ist manche humoristische, anziehende Schilderung; eine Hauptrolle darin spielenaffe, Fuchs und Käse. Ein recht lebendiges Bild gewährt der Gemälde, wenn die Tyrole im Nationalkostüm am Fuße desselben ihre wohlgelungenen Gesänge vortragen. Wir machen das Publikum auf den in der That lehrreichen zoologischen Garten des Hrn. Sobel ganz besonders aufmerksam.

— [Die Krupp'sche Gußstahlfabrik.] Nach Mittheilungen in Breslauer Blättern hat Herr Debschläger auf eine an ihr ergangene Einladung des Breslauer Gewerbevereins im dortigen Kasino-Saale am Montage seinen Vortrag über die Krupp'sche Gußstahlfabrik in Essen gehalten. Der Vortrag wurde durch eine große Anzahl von Tableaus erläutert; derselbe fand vor einer äußerst zahlreichen Versammlung statt und hat auch in Breslau das lebhafte Interesse erregt.

— Die Chaussee-Strecke zwischen der inneren Stadt und dem Kalißcher Thor ist leider in diesem Jahre zum zweitenmale wegen der Überflutung der beiden Neberräume auf dem Verdichow-Damm für den Waggonverkehr unpassierbar. Sieben Wochen in drei Monaten muß also der weite Umweg über die Wallstraße zwischen dem Warschauer und dem Kalißcher Thor gemacht werden. Die Zeitverzögerung durch die Verlängerung des Weges wäre noch zu ertragen, wenn nicht dazu die Passagier-Hindernisse kämen, welche durch das Zusammentreffen des Dührverkehrs von drei Chausseen auf den schmalen Fahrdämmen der Wallstraße und Schröder-Vorstadt unvermeidlich herbeigeführt werden. An den Markttagen und auch sonst sehen wir zwar von der Breitenstraße ab bis zur Schröder-Polizeibeamte mit der Regelung des Waggonverkehrs beschäftigt, doch werden bei den fast nicht unterbrochenen Waggonreihen, die sich in entgegengesetzter Richtung bewegen, sehr oft die Bemühungen derselben wirkungslos, sobald die geringste Störung dazwischen kommt. Wegen der tiefen Rinnsäume muß sich außerdem alles nach Kräften in der Mitte des stark gewölbten Fahrdamms halten, um nicht zu verunglühen. Zur Vermeidung dieser Nebenstände ist die Überbrückung der beiden Neberräume dringend notwendig und würde dadurch gleichzeitig die Thierquälerei, welche bei dem Neberräumen der Hindernisse der beiden Neberräume im wasserfreien Zustande stattfindet, vermieden werden.

— [Aufgreifung einer Diebesbande.] Am vergangenen Sonnabend gelang es einem Polizei-Sergeanten, eine so eben hier angelommene Frau mit einem Mann zu ergreifen, welche vor Kurzem in einer Kreisstadt der hiesigen Provinz zwei schwere Diebstähle verübt hatten und deshalb verfolgt wurden. Ein Theil des gestohlenen Gutes wurde bei der Revision noch vorgefundene. Im vorigen Jahre hatte dieses Ehepaar 6 Monate hier gewohnt und zwar mit einem auf einem andern Namen laufenden Abzugs-Atteste.

k. B. 5. April. [Diebstahl.] In voriger Woche wurde hier bei dem Kaufmann Bythner ein ansehnlicher Haussdiebstahl entdeckt, das Dienstmädchen Mathilde Scheffler als die Diebin ermittelt und verhaftet, auch bald überführt und zum theilweise Geständnis gebracht. Die S. soll bei Beurteilung des Diebstahls auf eine gewandte Art, hauptsächlich auf das Kleingeld in der Kasse, bedacht gewesen sein, dafür Kleidungsstücke, Bettwäsche und andere Gegenstände angehauft und theils zu ihren hier wohnenden Eltern, bisher als unbekannte Tagelöhner, gebracht, wo auch Mehreres, als von dem gestohlenen Gelde gekauft, aufgefunden wurde. Der B. soll nach den bisherigen Ermittlungen und den vorgefundenen Gegenständen das Objekt des Diebstahls auf circa 50 Thlr. schätzen.

— Birnbaum, 3. April. [Schulangelegenheiten; Chaussee.] Seit Neujahr mußte wegen Abgangs des 7. Lehrers an unserer Stadtschule die betreffende Klasse durch die übrigen Lehrer mit verwaltet werden; durch Antritt des neu gewählten Lehrers Kraut aus Kurnik sind unsere Schulverhältnisse jedoch nun wieder geordnet, die Klassen sind jedoch dermaßen überfüllt, daß nicht nur, wie dies die kgl. Regierung wünscht noch ein Lehrer, sondern zwei neue Lehrer möchten angestrebt werden. Das Inspektorat der Stadtschule ist von Herrn Superintendenten Kögel auf Herrn Diakonus Henzel übergegangen. — In Folge des plötzlichen Thauwetters und der Nähe ist die Chaussee von hier nach Wrone auf der Strecke zwischen Kłodzisko und Wrone so schadhaft geworden, daß sie nur sehr schwer zu befahren ist.

r. Kreis Brem, 5. April. [Der Oberszycko-Fluß flößbar gemacht; Amtseinrichtung.] In Folge der seit einigen Jahren in Angriff genommenen Flößbarmachung des Oberzyckoflusses im hiesigen Kreise (der selbe entspringt im Rudeiner See, zwischen Chvalim und Schmölz), nimmt die faule Odra auf und fällt unweit Tschichowig in die Oder, werden jetzt bereits Holzstämme und Trümmern geschwemmtes Bauholzes aus dem Rudeiner See durch den Oberszyckofluss bis zur Oder bei Tschichowig geslost. — Gestern ist der an Stelle des an das Seminar nach Bülow in Pommern verlegten Herrn Häring der bisherige Hülfsschultheiß am Seminar zu Bunzlau, Richter, feierlichst in sein Amt als Kantor und Lehrer an der evangelischen Bürgerhülle zu Wollstein installirt worden.

Graudenz, 7. April. Die kommissarische Verwaltung des hiesigen Landratsamtes ist dem Regierungssassessor v. Massenbach zu Posen übertragen worden.

Szawicz, 4. April. [Abiturienten-Examen; Unglücksfall; Kleine Notizen.] Am verlorenen Montag war der Königliche Geheim-Regierungsrat Dr. Mehring aus Posen hier anwesend, um als Kommissarius die Abgangsprüfung an unserer Realschule 1. Ordnung abzuhalten. Sämtliche fünf Primaer, die sich ihr unterzogen hatten, haben das Zeugnis der Reife erhalten, und zwar einer unter ihnen mit dem Prädikat „vorzüglich“, zwei mit dem „gut“, während die übrigen die Censur „befriedigend“ erhalten.

In einem Wirthshause, ganz nahe unserer Stadt, suchten sich mehrere Fuhrleute für die weite Reise durch Sennus durch Spirituosen zu stärken. Namentlich traut einer unter ihnen so viel über den Durst, daß der Gastwirt ihm die Verabreichung weiterer Getränke verweigerte. Hierauf bestieg er und seine Kameraden die verschiedenen Wagen, die vor dem Wirthshause in der Zwischenzeit gestanden hatten, um weiter zu fahren. Raum hatte aber der unglückliche unter ihnen den Boden bestiegen, als er sich in die Nothwendigkeit versetzt sah, einem anderen ihm entgegenkommenden Fuhrwerk auszuweichen. Dabei blieb er sich zu weit vorn über, verlor das Gleichgewicht, fiel herunter und wurde als Beutig in der Wagen hervorgezogen. — Der Omnibusfahrer zu Löben hatte sich hier gesund und wohl auf den Boden seines Wagens gesetzt, um nach Hause zu fahren. Zugleich hatte er Passagiere aufgenommen, um sie eben dahin zu befördern. Am nächsten Haltepunkt auf der Tour, in Graudenz, standen die Pferde still und die Passagiere stiegen aus, verwunderten sich aber, daß der Fuhrer sich gar nicht vom Platze bewegte. Eine genauere Untersuchung überzeugte sie, daß er unterwegs vom Sagte getroffen war. Der Moment, in welchem dies geschehen, läßt sich gar nicht feststellen, da die Pferde so dressiert sind, daß sie jedem entgegenkommenden Fuhrwerk ausweichen, ganz ebenso, wie sie an der üblichen Haltestelle ganz von selbst still stehen.

In dieser Woche ist hier am hellen Tage ein ganz frischer Diebstahl verübt worden. Ein Fuhrmann aus dem Dorfe Chojno hatte hier Einkäufe zu besorgen. Wie dies so allgemein Sitte ist, hatte er die Leine der Pferde angebunden, sie allein gelassen und sich in den Kaufmannsladen begeben. Als er daran zurückkehrte, sah er Ross und Wagen nicht mehr wieder. — Diebstähle an Gläubigern sind hier am Orie gerade nichts Seltenes, vermutlich weil unsere Hausfrauen sich die Kraft ganz besonders angelegen sein lassen. Dabei hat es sich schon öfters wiederholt, daß die Diebe den Bestohlenen obendrein in Briefen, die sie ihm per Stadtpost zufanden, höhnten. So war auch der 1. April der Termin, welcher den Spitzbübenhumor dieses Genres fließen ließ, indem namentlich die Zubereitung des Bratens ausführlich geschildert wurde. — Auf einem Vorwerke des Philippiner-Klosters, Namens Glogowko, brach gegen Ende des vorigen Monats in früher Morgenstunde ein Feuer aus, welches so heftig um sich griff, daß ein Wohngebäude und ein Viehstall, und im leichten zwei Kühe und mehrere Schweine ein Raub der Flammen wurden. Wie verlautet, soll Unvorsichtigkeit die Ursache dieses beklagenswerthen Ereignisses gewesen sein.

Bromberg, 4. April. [Abschiedsmahl; Provinzial-Schützenfest.] Bei dem gestern Abend dem Seminar direktor Dr. Schneider in Moritz Hotel veranstalteten Abschiedsfeier waren alle Stände unserer Stadt vertreten. Unter den Spiken der Behörden befanden sich die Herren Regierung-Chefpräsident Naumann, Appellationsgerichts-Chefpräsident v. Schröter, Appellationsgerichtspräsident Luther, Konstistorialrat Taube, Oberbürgermeister v. Boller u. s. w. Der erste Toast, der an dem Festesabende und zwar von dem Herrn Appellationsgerichtspräsidenten v. Schröter ausgebracht wurde, galt S. Majestät dem Könige. Der Redner sagte ungefähr: „Eine heilige Pflicht gebietet uns, uns trau um unsern König zu feiern in einer Zeit wie die jetzige, wo die politischen Wirren Frankreichs an uns heranzutreten drohen. Der schwer errungen Freude läßt es zwar wünschenswerth erscheinen, denselben so lange als möglich aufrecht zu erhalten; bei dem lauernden Blicke aber, der auf Luxemburg gerichtet ist, müssen wir stets auch eingedenkt sein des Wortes, das unser Herr und König ausgesprochen: „Auch nicht ein deutsches Dorf darf verloren gehen!“ und darum wollen wir bei jeder Gelegenheit immer treu und fest auf unsern König bauen u. s. w.“ Ein zweiter Toast galt dem scheitenden Ehrengäste, Herrn Seminar direktor Dr. Schneider, und wurde von dem Herrn Regierungspräsidenten Naumann ausgebracht. Er hob die Wirksamkeit des Dr. Schneider in seiner Eigenschaft als Direktor des evangelischen Schullehrerseminars, dem er hier ca. 4 Jahre vorgestanden, hervor und erinnerte namentlich auch an den allgemein bekannten Wohlthätigkeitsfond des Ehrengäste. Der Appellationsgerichts-Präsident Luther pries die Familie des Ehrengäste und brachte derselben ein Hoch dar. Herr Dr. Schneider dankte für die ihm bereiteten Ehrenbezeugungen und sagte unter Anderem etwa: „Ich vermöge nicht ganz das Gefühl meines Herzens auszusprechen, vermöge nicht den Dank in der Weise zu erwidern, als ich ihn fühle. Ich kann mit Recht sagen, daß es wohl Wenige unter Ihnen gibt, die an meine Person ein Verlangen gestellt haben, etwas zu thun, daß aber Wiele unter Ihnen sind, zu denen ich gekommen bin, etwas zu erbitten und daß sie viel, sehr viel gethan haben.“ Herr Dr. Rosenthal sprach zu dem Ehrengäste in einem简明的 Gedicht, dessen Verse stets mit den Worten endeten:

„Sei versichert, daß
Du keine Neider,
Doch viel Freunde hast,
Du braver Schneider!“

Herr Stadtrath A. Ménard rührte in beredten Worten die Verdienste des Ehrengäste und gedachte dabei der Unterstützung, die er ihm (Herrn Ménard) als Deernent im städtischen Armeedirektorium, im vorigen Jahr zur Zeit des Krieges, für die zurückgebliebenen Familien der eingezogenen Landwehrmänner hat zu Theil werden lassen. In humoristischer Weise sprach Herr Stadtrath Tepper. Er bezeichnete z. B. den Ehrengäste als einen Egoisten, weil er ohne „uns, die wir ihn alle so lieb haben“, zu fragen, von Bromberg abginge. „Weil er aber“, fuhr der Redner fort, „in seinem Wirkungskreise so gute und schöne Eigenschaften des Herzens entwickelt hat, so wollen wir ihm seinen Egoismus verzeihen.“

Schließlich gedachte noch der Kaufmann Herr Julius Jakobi und der Herr Rechtsanwalt v. Groddel der außerordentlichen Hingabe des Ehrengäste für Unterstützungs Zwecke des Armen-Unterstützungsvereins. Herr v. Groddel nannte den „verehrten Guest den besten Kopf auf dem Kumpfe des gen. Ver eins.“ In froher Stimmung blieb die Gesellschaft bis zur Mitternacht beisammen. — Zum Schlusse unseres Berichtes wollen wir aber auch nicht unerwähnt lassen, daß Seitens des Hotelbesitzers Herrn Krause ebenfalls Alles geschehen ist, den Aufenthalt in seinem Saale zu einem angenehmen zu machen; Speisen und Getränke waren von vorzüglicher Qualität und wurden stets überall mit der sorgfältigen Cratitität verabreicht.

Wie ich höre, soll in diesem Jahre das übliche Pfingstgeschäft der hiesigen Schützengilde ausfallen, weil theils das neue Etablissement noch nicht ganz fertig ist, theils aber auch, weil in diesem Jahre ein Provinzial-Schützenfest angekündigt werden soll, viele Schützengilden aber ihr Schützenfest auch zu Pfingsten abhalten und in Folge dessen das Provinzial-Schützenfest nicht besuchen würden. Wahrscheinlich wird das Provinzial-Schützenfest hier im Juli oder August c. gefeiert werden.

— [Wochentkalender für Konkurse und Subhastationen.]

A. Konkurse.

Donnerstag am 9. April c. 1) Bei dem Kreisgericht zu Inowrazlaw in dem Konkurse über das Vermögen des Kaufmanns Hiller Schröder zu Strzelno Ablauf der zweiten Frist zur Anmeldung von Forderungen.

2) Ebenda selbst in dem Konk. über das Verm. des Kaufmanns S. Eilenberg das. Vorm. 10 Uhr Prüfungstermin.

9 Uhr Termin zur Erklärung über die Entschuldbarkeit des Gemeinschuldners sowie zur Rechnungslegung des Konkursverw. Kaufm. Müslelewicz.

2) Bei dem Kreisger. zu Grätz in dem Konk. über das Verm. des Kaufmanns Nathan Grätz das. Vorm. 10 Uhr Prüfungstermin.

Donnerstag am 11. April c. Bei dem Kreisger. zu Posen in dem Konk. über das Verm. des Gutsbes. Herrmann Nermann zu Grätz am Vorm. 10 Uhr Term. zur Prüfung einer nachträglich angemeldeten Forderung von 22 Thlr.

Freitag am 12. April c. Bei dem Kreisger. zu Löben in dem Konk. über das Verm. des Schneidermstrs. Marcus Herzberg das. Vorm. 11 Uhr Termin zur Prüfung der vom 12. Dez. pr. bis 6. April c. an gemeldeten Forderungen.

Sonnabend am 13. April c. 1) Bei dem Kreisger. zu Posen in dem Konk. über das Verm. der Kaufmannsfrau Emilie Morgenstern geb. Szafarkiewicz Vorm. 11 Uhr Termin zur Prüfung einer nachträglich angemeldeten Forderung von 11 Thlr.

2) Ebenda selbst in dem Konk. über das Verm. der Handelsgesellschaft Aeschel & Oberski zu Posen, Vorm. 11 Uhr Termin zum öffentlichen Verkauf 392 Thlr. 13 Sgr. 10 Pf.

3) Bei dem Kreisger. zu Schubin in dem Konk. über den Nachlaß des dafelbst verstorbenen Balthasius Roman Ostrowski, Ablauf der zweiten Frist zur Anmeldung von Forderungen.

B. Subhastationen.

Es werden öffentlich und meistbietend versteigert:

Donnerstag am 11. April c. 1) Bei dem Gerichtstagstrom. in Szewko in freiw. Subh. das zum Barthol. Tuliakiewicz gehör. Grundst. Nr. 20, jetzt 147, Tage: 144 Thlr.

2) Ebenda das. desgl. zum Franz Rybarczykschen Nachl. gehörige Grundst. Krapplewo Nr. 5. nebst Zubeh., Tage 600 Thlr.

3) Bei dem Kreisger. zu Rawicz das Grundst. Rawicz Nr. 278, Besitzer Töpfermeister Anton. u. Mathilde geb. Tellenberg-Naabeischen Cheleute, Tage 843 Thlr.

Bei dem Kreisger. in Gnesen in freiw. Subh. des zum Nachl. der Gleinen verw. Szwarciewicz geb. Bochimowicz gehörige Grundst. Gnesen Nr. 447, Tage 1576 Thlr.

Aufgehoben sind die Licitationstermine: a) Bei dem Kreisger. zu Pleścien zum Verkauf des Grundst. Jarocin Nr. 13. und 201, Besitzer Eduard Bielmiecz.

b) Bei dem Kreisger. zu Kempen zum Verk. des Grundst. Migstadt Nr. 79, Besitzer Cyprian Roszkiewicz.

Freitag am 12. April c. 1) Bei dem Kreisger. zu Grätz das Grundst. Binskowo Nr. 63a, Bes. Ludw. Hübner, fruh. Ant. Sdimski, Tage 250 Thaler.

2) Bei dem Kreisger. zu Kempen das Grundst. Dorf Piaski Nr. 23, Besitzer Michael Cebula, Tage 490 Thlr.

3) Bei der Kreisgerdeput. zu Gostyn das Grundst. Gostyn Nr. 408, Bes. Erben des Müllers Friedr. Wilh. Springer, Tage 820 Thlr.

4) Bei der Kreisgerdeput. zu Legionin das Grundst. Wrotlow Nr. 52, Bes. Thomas und Marianne Illatowskischen Chel. Tage 603 Thlr.

5) Bei dem Gerichtstagstrom. zu Jarocin das Grundst. Jarocin Nr. 71, Bes. Agathe Garaczynska, Tage 1932 Thlr.

Aufgehoben ist bei der Gerichtstagstrom. Szewko der Licitationstermin zum Verk. des Grundst. Wręcyn Nr. 16a, zum Nachl

Hilf, Helfer aus Düsseldorf, Nöring aus Almenau, Fränkel aus Breslau, Kög aus Stettin, Berlich, Insp. Dölln aus Berlin, die Dieuts, Epner aus Berlin, Spangenberg ta. Glogau, v. Spiegel a. Gutbrau, General d. der Vereinig. Staaten Alexander aus Newyork, die Rittergutsbesitzer Sperling aus Kiszewo und v. Hellendorf, Administrator Sack aus Ostrowi, Kammerherr v. Morawski aus Lubonia.

SCHWARZER ADLER. Kaufleute Sawicki aus Neustadt, Szamotulski aus Pinne, die Rittergutsbesitzer Radomski aus Biegano, Rejewski aus Sobiesieno, Decomon Harmel aus Grodowo, Oberförster Skalski aus Szewce, Rentier Gotte aus Stettin, Frau Gutsbesitzer v. Moszczenska nebst Tochter aus Tarnowo.

TIHLNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute Brychey aus Breslau, Weyl aus Lissa, Joseph, Isaac nebst Frau und akademischer Maler Tiez aus

Berlin, Gutsbesitzer Wagenhof aus Berlin, Lieut. Lotto aus Bromberg, Prof. Kruzk aus Krakau.

HOTEL DE BERLIN. Die Rittergutsbesitzer v. Kropinski aus Orchowo, Heiderodt aus Bobitowo, v. Dobroski aus Sedlec, Dauernik aus Nagradowice, Gutsbesitzer Burghardt aus Gorlitz, die Landwirthe Großkreuz aus Witkiewo, Berg aus Planie, Kosmowski aus Biedzowice, Kaufmann Kirstein aus Berlin, Spediteur Große aus Liep.

BAZAR. Die Gutsbesitzer v. Mianowski aus Rudki, Radomski aus Krzyzlice, Niezychowski aus Granowko, Jackowski aus Pomarzanowice.

SEELIG'S GASTHOF ZUR STADT LEIPZIG. Orgelbauer Kramski aus Opatowica, die Kaufleute Thieme, Heppner und Molz aus Breslau, Scheier und Curauer aus Grätz, Frau Viertel aus Wreschen und Bräul, Erdner aus Samter.

KEILER'S HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF. Konditor Wendiner aus Gnesen, Fabrik-Dirigent Samberger aus Barzewe, Partikularer Raath aus Kosten, Stadtverordneter Keller nebst Sohn und Kaufmann Lippmann aus Pinne, die Kaufleute Blauter aus Wongrowitz, Witkowski jun. aus Czerniejewo, Ephraim aus Grätz, Reimann aus Czerniejewo, Samotulski aus Pinne, Wischnitz und Saks aus Breslau.

HOTEL DE PARIS. Die Kaufleute Kaphan und Kaiser aus Miloslaw, Rittergutsbesitzer v. Chrzanowski nebst Frau aus Stanislawovo, Birthschaftsbeamter Heinrich aus Pogrzibow.

EICHORN'S HOTEL. Die Kaufleute Turk aus Wreschen, Glaz aus Grätz, Frau Grünberg nebst Tochter aus Strzalkowo, Birthschaftsbeamter Preisecke aus Kobylin.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

In unser Firmen-Register ist sub Nr. 108.

die Firma:
"Berthold Wandrey" zu Neutomysl,
und als deren Inhaber der Kaufmann Berthold
Wandrey dafelbit, aufzole Verfagung vom
heutigen Tage eingetragen worden.

Grätz, den 26. März 1867.

Königliches Kreisgericht.
Der Handelsrichter.

Bekanntmachung.

In unser Firmen-Register ist:
1) sub Nr. 23, woselbst die Firma S. Ellison
und als deren Inhaber die Kaufmannsfrau
Sara Ellison zu Buk eingetragen
steht, Kolonne "Bemerkungen" vermerkt
worden:

"Die Firma ist erloschen."

2) sub Nr. 107, die Firma:
"B. A. Ellison" zu Buk, und als deren
Inhaber der Kaufmann Baruch Alge
Ellison dafelbit,

eingetragen worden.
Beides zufolge Verfagung vom 11. Dezember 1866.

Grätz, den 26. März 1867.

Königliches Kreisgericht.
Der Handelsrichter.

Nothwendiger Verkauf.

Kgl. Kreisgericht zu Schrimm.

I. Abtheilung.

Schrimm, den 22. März 1867.

Das der Frau Benigna v. Bojanowska gehörige Rittergut Ostrowiecno nebst dem Vorwerk Hudzyn, abgeschägt auf 64,946 Tal. 10. Sgr. 9 Pf. zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll

am 11. November 1867

Vormittags 11 Uhr
an ordentlicher Gerichtsstelle subhaftirt werden.

Diejenigen Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihrem Anspruch bei Gericht zu melden.

Der Julius Schreiber wird hierdurch öffentlich vorgeladen.

Nothwendiger Verkauf.

Königl. Kreisgericht zu Posen,

Abtheilung für Civilsachen.

Posen, den 24. Januar 1867.

Das dem Gutsbesitzer Hermann Nernst und seiner Chefrau Emilie geb. Breunike gehörige, zu Gruszczyń unter Nr. 1. belegene Vorwerk, abgeschägt auf 43,657 Thlr. 3 Pf., zufolge der nebst Hypothekenschein in der Registratur einzusehenden Taxe, soll

am 5. September 1867

Vormittags 11 Uhr
an ordentlicher Gerichtsstelle subhaftirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

Alle unbekannten Real-Prätendenten werden aufgefordert, sich bei Vermeidung der Prälusion spätestens in diesem Termine zu melden.

Nothwendiger Verkauf.

Königl. Kreisgericht zu Schrimm.

I. Abtheilung.

Schrimm, den 26. Januar 1867.

Das der Frau Florentine v. Kęszyńska ad. Buczkiewicz nebst dem Vorwerk Barbarka, abgeschägt auf 85,241 Thlr. 23 Sgr. 5 Pf. zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll

am 16. September 1867

Vormittags 11 Uhr
an ordentlicher Gerichtsstelle subhaftirt werden.

Diejenigen Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihrem Anspruch bei Gericht zu melden.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Gnesen,

den 23. Februar 1867.

Das dem Rittergutsbesitzer Thadens v. Weierski gehörige adeliche Gut Modliszewko, abgeschägt auf 79,381 Thlr. 23 Sgr. 7 Pf. zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll

am 27. September 1867

Vormittags 11½ Uhr
an ordentlicher Gerichtsstelle subhaftirt werden.

Die dem Aufenthalte nach unbekannten Real-

Gläubiger, welche nach unbekannten Real-

Prätendenten gesucht werden.

1) Graf Titus v. Dzialynski,

2) Elisabeth Maria Sophie v. Dzia-

lynska,

3) Graf Bernhard v. Potocki,

Obwieszczenie.

W naszym rejestrze firm pod Nr. 108. firma:

Berthold Wandrey w Nowym Tomyślu

i jako jej dzierzyciel kupiec **Berthold Wandrey** z tamtad rozporządzeniem z dnia dzisiąszego zapisana zostało.

Grodzisk, dnia 26. Marca 1867.
Królewski Sąd powiatowy. Sędzia handlowy.

Obwieszczenie.

W naszym rejestrze firm zapisana zostało:

1) pod Nr. 23, gdzie firma **S. Ellison** i jako jej dzierzycielka kupcowa **Salde Ellison** w Buku zapisana jest, w kolumnie „Uwagi” następująca remarka:
, firma zgasa.”

2) pod Nr. 107. firma:
„**B. A. Ellison**” w Buku i jako jej dzierzyciel kupiec **Baruch Alge Ellison** z tamtad, i to rozporządzeniem z dnia 11. Grudnia 1866

Grodzisk, dnia 26. Marca 1867.
Królewski Sąd powiatowy. Sędzia handlowy.

Sprzedaż konieczna.

Królewski Sąd powiatowy w Sremie.

Wydział pierwowy.

Wieś **Ostrowiecno** wraz i folwarkiem **Hudzyn**, do Pani Benigny Bojanowskiej należąca, oszczadowana na 64,946 Tal. 10 sgr. 9 ten. wedle taksy, mogącą być przejrzaną wraz z wykazem hipotecznym i warunkami w registraturze, ma być

dnia 11. Listopada 1867.

przed południem o godzinie 11

w miejscu zwykłym posiedzeń sądowych sprzedana.

Wierzyteli, którzy dla pretensji realnej, nie okazując się z księgi hipotecznej, zaopakowania z ceny kupna poszukują, winni się z swoja pretensja do sądu zgłosić.

Juliusz Schreiber zapożywa się niniejszem publicznie.

4) Graf Johann Cantius v. Dzialynski, werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realforderung Befriedigung aus den Kaufgeldern suchen, haben ihren Anspruch bei dem Substaatsgericht anzumelden.

Deffentliches Aufgebot.

Königliches Kreisgericht zu Posen.

Abtheilung für Civilsachen.

Posen, den 24. Dezember 1866.

Ein von dem Wirtschaftsbesitzer Karl Huhn aus Woycienic zu Posen den 20. Januar 1863 an die Ordre des Karl Maskus ausgestellter und auf der Rückseite mit dem Blauto-Giro des Karl Maskus verschener trockener Wechsel über 49 Thlr. zahlbar am 15. April 1863, ist verloren gegangen.

Der unbekannte Inhaber dieses Wechsels wird aufgefordert, denselben spätestens in dem

am 23. Mai 1867

Vormittags 11 Uhr

vor dem Herrn Kreisrichter Kehl im Instruktionszimmer Nr. 13. anstehenden Terminie vorzulegen, widrigens der Wechsel für kraftlos erklärt werden wird.

am 23. Mai 1867

Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhaftirt werden.

Diejenigen Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei Gericht zu melden.

Der unbekannte Real-Prätendenten werden aufgeboten, sich bei Vermeidung der Prälusion spätestens in diesem Termine zu melden.

am 16. September 1867

Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhaftirt werden.

Diejenigen Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern suchen, haben sich mit ihrem Anspruch bei Gericht zu melden.

Der unbekannte Real-Prätendenten werden aufgeboten, sich bei Vermeidung der Prälusion spätestens in diesem Termine zu melden.

am 27. September 1867

Vormittags 11½ Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhaftirt werden.

Die dem Aufenthalte nach unbekannten Real-

Gläubiger, welche nach unbekannten Real-

Prätendenten gesucht werden.

1) Graf Titus v. Dzialynski,

2) Elisabeth Maria Sophie v. Dzia-

lynska,

3) Graf Bernhard v. Potocki,

Berlin, Gutsbesitzer Wagenhof aus Berlin, Lieut. Lotto aus Bromberg, Prof. Kruzk aus Krakau.

HOTEL DE BERLIN. Die Rittergutsbesitzer v. Kropinski aus Orchowo, Heiderodt aus Bobitowo, v. Dobroski aus Sedlec, Dauernik aus Nagradowice, Gutsbesitzer Burghardt aus Gorlitz, die Landwirthe Großkreuz aus Witkiewo, Berg aus Planie, Kosmowski aus Biedzowice, Kaufmann Kirstein aus Berlin, Spediteur Große aus Liep.

BAZAR. Die Gutsbesitzer v. Mianowski aus Rudki, Radomski aus Krzyzlice, Niezychowski aus Granowko, Jackowski aus Pomarzanowice.

SEELIG'S GASTHOF ZUR STADT LEIPZIG. Orgelbauer Kramski aus Opatowica, die Kaufleute Thieme, Heppner und Molz aus Breslau, Scheier und Curauer aus Grätz, Frau Viertel aus Wreschen und Bräul, Erdner aus Samter.

KEILER'S HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF. Konditor Wendiner aus Gnesen, Fabrik-Dirigent Samberger aus Barzewe, Partikularer Raath aus Kosten, Stadtverordneter Keller nebst Sohn und Kaufmann Lippmann aus Pinne, die Kaufleute Blauter aus Wongrowitz, Witkowski jun. aus Czerniejewo, Ephraim aus Grätz, Reimann aus Czerniejewo, Samotulski aus Pinne, Wischnitz und Saks aus Breslau.

HOTEL DE PARIS. Die Kaufleute Kaphan und Kaiser aus Miloslaw, Rittergutsbesitzer v. Chrzanowski nebst Frau aus Stanislawovo, Birthschaftsbeamter Heinrich aus Pogrzibow.

EICHORN'S HOTEL. Die Kaufleute Turk aus Wreschen, Glaz aus Grätz, Frau Grünberg nebst Tochter aus Strzalkowo, Birthschaftsbeamter Preisecke aus Kobylin.

10 Schock Apfel- und Birnenbäume, stark im Stamme und mit den feinsten Sorten veredelt, a Schock 10 Thlr. franco Bahnhofstation, verkauft das Dom. Esdorf per Gellendorf, Breslau-Poseiner Bahnhofstation.

Niesen - Runkelrüben - Samen in gelber und auch weißer Gattung, den Scheffel zu 7½ Thlr., die Meze zu 15 Sgr., verkauft C. Heinz, Vorwerksbesitzer in

Preußische Hagel-Versicherungs-Alttien-Gesellschaft.

Grundkapital: Eine Million Thaler.

Die Gesellschaft versichert Bodenerzeugnisse aller Art gegen Hagelschaden; die Prämien sind fest und billig und findet eine Nachschusszahlung niemals statt.

Versicherungen auf mehrere Jahre, sowie Versicherungen auf ein Jahr mit Verpflichtung der Fortsetzung derselben auf das folgende Jahr, aber Aufkündigungsschreit bis zum 1. September, genießen alljährlich einen ansehnlichen Rabatt an der Prämie, so daß wir bei gleicher Prämie unter allen Umständen stets billiger Deckung geben, als die koalire Konkurrenz.

Die Schäden werden nach den sehr liberalen Versicherungs-Bedingungen unter Hinzuziehung von Vertrauen geniesenden Landeseingessenen (Kreis-rc. Deputirten) kulant abgeschäft und danach spätestens binnen vier Wochen prompt, voll und baar ausgezahlt, wie dies in den vorigen Jahren zur allgemeinen Zufriedenheit der Beschädigten stattgefunden hat. Die versicherten Preise werden bei der Schaden-Berechnung stets inne gehalten, selbst wenn dieselben höher sind, als die jeweiligen Marktpreise.

Garantie bieten außer obigem Grundkapital die jedesmaligen Jahres-Prämien-Einnahmen, sowie der bereits gegründete Reservefond, welcher statutenmäßig auf 500,000 Thaler angefammelt werden muß.

Die ergebnst unterzeichnerte General-Agentur-Verwaltung ist zu jeder näheren Auskunft, sowie zur Vermittelung und Ausführung von Versicherungs-Anträgen stets bereit und empfiehlt dem geehrten landwirtschaftlichen Publikum angelegerlichst zu diesem Zweck nachstehend die Herren Vertreter der Gesellschaft im Regierungsbezirk Posen.

Berlin, im April 1867.

Die General-Agentur-Verwaltung

für die Provinzen Posen, Pommern und Brandenburg.

R. Bergemann.

Direktor.

Regierungsbezirk Posen.

Bentschen, Rentier S. Maennel.
Birnbaum, Kaufmann Ad. Heinze.
Kaufmann F. G. Simburg.
Biskupice (geistlich), Gutsbesitzer E. von Homeyer.
Bojanowo, Kaufmann And. Th. Baensch.
Kaufmann Ferd. Stolpe.
Bomist, Kaufmann J. Cohn.
Borek, Kaufmann J. Fraustadter.
Buk, Kaufmann J. Wessach.
Fraustadt, Hotelbesitzer H. Thiel.
Gostyn, Maurermeister M. Boehmig.
Grätz, Buchhändler Emil Thom.
Introschin, Kaufmann M. A. Sandberger.
Kobylin, Lehrer Nikolaus Gregorowicz.
Kosten, Kalkulator Aug. Frentzsch.
Krotoschin, Kaufmann Th. Blanquart.
Kozmin, Apotheker Pitsch.
Lissa, poln. Gutsbesitzer And. Dolscius.
Meseris, Sekretär Knothe.
Miloslaw, Kaufmann A. Wendelsohn.
Mur. Goslin, Hotelbesitzer Brünning.
Nenget, Gutsbesitzer Karl Fuchs.
Neustadt, Apotheker Severin Labedzki.
Neutomysl, Kaufmann W. Feickert.

Kugel-Akazien,

schöne hohe, à Stück 15 Sgr., so wie eine bedeutende Partie hoch- und halbstämmiger Rosen von 12½ Sgr. an empfehle ich und sende Preisverzeichnisse meiner frischen und feinfühligen

Blumen- und Gemüse-Saamen,

sowie aller Garten-Erzeugnisse meiner Gärtnerei franco und gratis.

Albert Krause,

Kunst- und Handelsgärtner, St. Adalbertshof.

100,000

Thonsteine stehen zum Verkauf bei

A. Krzyżanowski.

Frischen Portland-Cement und doppelt gesiebte engl. Koks Kohlen empfiehlt so eben und offeriert billigst

A. Krzyżanowski.

Alb. Eppner & Comp.,

königl. Hof-Uhrmacher und Uhren-Fabrikanten in Löbau in Schlesien.

Groß-Glogau, 17. Deutsches Haus 17. Glogau, befindet sich, ihr reichhaltiges Lager aller Gattungen goldener und silberner Uhren- und Cylinder-Uhren, Regulatoren und Stuhluhren bei soliden Preisen und unter Garantie zu empfehlen, sowie Lager gol-

dener Uhrketten.

Briefliche Aufträge werden prompt vollzogen.

Tapeten und Teppiche

Roleaux und Gardinenstangen

empfiehlt in grösster Auswahl zu billigen Preisen

Julius Borck.

Von Herrn C. Thust, Hoflieferanten Sr. Maj. des Königs,

erhielt ich eine grosse Sendung von

Grabdenkmälern,

bestehend in den schönsten

Grabkreuzen, Monumenten, Platten etc., die ich ebenso wie Waschtisch-Aufsätze, Tischplatten, Fliessen bestens empfehle.

Grabgitter liefere von 20 Sgr. den lfd. Fuss.

Die Haupt-Niederlage von Schlesischem Marmor. Friedrichsstrasse Nr. 33.



H. Klug.

Liebhabern einer echten reinen Cuba-Cigarre, welche seit vier Jahren gleichgewährt in Güte blieb, wird hiermit Gelegenheit geboten, eine solche durch gütige Vermittelung des Herrn F. B. Sachse in Leipzig zu beziehen zu können. — Prima-Ware pro Mille 25 Thlr., — ¼ Probeflasche 6½ Thlr., Secunda-Ware pro Mille 22 Thlr., — ¼ Probeflasche 2½ Thlr. gegen Einführung des Betrages oder per Postvorschuß zu entnehmen. — Wiederverkäufern bei Bezug grösserer Partien angemessener Rabatt.

Großer Ausverkauf

wegen vollständiger Aufgabe des Geschäfts.

Die günstige Gelegenheit, seinen Bedarf billigst zu beschaffen, bietet sich in dem Buch- und Mode-Waren-Geschäft für Herren von

Gebr. Tobias, Markt 58.

Dass mich eine halbe und eine Viertellflasche G. A. Mayer'scher Brust-Sirup, welchen ich aus dem Geschäft des Herrn Dekert in Thorn entnommen, von einem hartnäckigen tatarischen Lungen- und Halsleiden vollständig geheilt hat, bestätige ich mit meiner Namensunterschrift. Allen ähnlich Leidenden sei dieses milde, angenehm schmeckende und wirklich vorzügliches Heilmittel empfohlen.

Morden bei Thorn, den 15. März 1866.

Neimer, Fleischermeister.

Niederlagen in Posen bei
Gebr. Krayn, Bronkerstr. 1.
Isidor Kusch, Sapientiastr. 2.
J. N. Leilgeber, gr. Gerberstr. 16.

Lymphé, direkt von der Kuh,
das Haarröhrchen für eine Person 20 Sgr.
Berlin, Schiffbauerdamm 33. Dr. Pissin

in Dresden, Bachstraße 8.

Preise nach Klassen. Neuer Prospekt gratis. Anfragen franko.

Dr. Pattison's Gichtwatte lindert sofort und heilt schnell

Gicht,

Rheumatismen

aller Art, als Gesichts-, Brust-, Hals- und Zahnschmerzen, Kopf-, Hand- und Kniegicht, Gliederreissen, Rücken- und Lendenreissen u. s. w.

In Paketen zu 8 & 5 Sgr. zu haben bei Frau

Anatole Wuttke, Wasserstraße 8/9.

אַל פְּסָח

empfiehlt Backwaren und Konfekte in reichster Auswahl und bekannter Güte.

A. Tomski,

Krämerstraße, vis-à-vis der neuen Brothalle.

לְפָסָח

empfiehlt zu den billigsten Preisen:

rectifizierten Spiritus bis zu 80 %,

seine Liqueure und Dopp. Branntweine,

Essig-Spritt und M. Friedländer Meth.

Berkaufsstall im früheren Comtoir des Spediteurs

Herrn Moritz S. Auerbach.

Manachem S. Auerbach.

Dr. Kadner's Schroth'sche diätetische Heil-Anstalt

in Dresden, Bachstraße 8.

Preise nach Klassen. Neuer Prospekt gratis. Anfragen

Nouveautés fürs Frühjahr.

Kleiderstoffe, fertige Anzüge, Long-Châles, Frühjahrs-Mantel,

Jupons, Blousen, Reise-Plaids, Reisedecken, Schlafdecken, Steppdecken, Möbel- und Portierenstoffe, Gardinen, Tischdecken, Teppiche, Wachstuche, Cocusmatten, Rouleaux, Bukskins und Paletotstoffe, Westen, Shipse, Handschuhe, Regen- u. Sonnenschirme &c. &c.

In allen Artikeln die größte und geschmackvollste Auswahl, von den billigsten bis elegantesten Genres.

Posen, Markt Nr. 63.

Robert Schmidt

(vormals Anton Schmidt).

Schwarze Lyoner Seidenstoffe unter Garantie der Haltbarkeit. Französische Long-Châles von 7 bis 200 Thlr.

Entfuselten wie rohen

Getreide-Spiritus

und Getreide-Brauntwein

offert en gros & en détail zu den solidesten Preisen die Preßhufen-Fabrik in Szczecin dwo w bei Kosten.

Hamburger Bücklinge, engl. Schottinen, russische Sardinen empfiehlt

H. G. Wolff.

Mariniren März-Pache in Gelée, ca. 8 Pf.
Netto à Fah 2½ Thlr.

Mariniret Ostsee-Male in Gelée, ca. 8 Pf.
Netto à Fah 2 Thlr.

Mariniret Bratheringe, 60 Stück pr. Fah 1½ Thlr.

Beste See-Speck-Bücklinge, frisch aus der Mäuererei, 80 St. 1½ Thlr. liefern, Bässer und Kisten frei, gegen Franko-Einsendung des Betrages

Gustav Henneberg in Stralsund.

אַל פְּסָח

Kolonialwaaren, Backobst, Butter, Honig, Gurken, Kraftnahrung, wie auch Unigar, Mustat- und Franz.-Weine zu billigen Preisen bei

J. Alexander,

alten Markt.

על פְּסָח

frische Taselbutter, Honig, Kartoffelmehl, Spritt, Essig &c. in bester Qualität und billig empfiehlt

Salli Cohn's Wwe.,

Judenstraße Nr. 30.

Meinen geehrten Kunden die ergebene Anzeige, daß ich meine Wohnung nebst Werkstatt von Halbdorfstraße Nr. 7. nach Graben Nr. 5 verlegt habe.

F. E. Orkanowo,

Tischlermeister.

Meine Werkstatt befindet sich seit dem 1. April d. J. Et. Martin- und Wallstraße Nr. 46., und bitte meine hochgeehrten Kunden auch fernherin um Zuspruch nach reellster Bedienung.

Rienas,

Tischlermeister.

Ich wohne jetzt gr. Ritterstr. 9.

Meyer Asch.

Markt Nr. 82.

ist eine grosse Bäckerei, die seit 40 Jahren in dem Hause ist, nebst Wohnung und Zubehör vom 1. Oktober d. J. zu vermieten.

Simon A. Holz.

Berlinerstr. 29. sind möbl. Zimmer zu vermieten.

Ein möbliertes Zimmer ist für 3 Thlr. gleich zu vermieten.

Schützenstr. 13. 1 Stube zu vermieten.

Benicianerstr. Nr. 43. parterre rechts in einer Schaffstelle sofort zu beziehen.

Eine möblierte Stube mit Betten und Bedienung für ein oder zwei Herren ist sofort zu beziehen St. Martin Nr. 60., im Hinterhause 1 Et.

Ein f. m. Part.-Zimmer ist sofort zu vermieten.

Friedrichsstraße Nr. 28.

Eine kleine freundliche Wohnung (Stube und Kammer) ist Bäckerstr. 13b. sogl. 44 Thlr.

In Folge Verfolgung ist Halbdorstrasse Nr. 12. u. 13. eine Parterre-Wohnung von 4 Sämmern nebst Zubehör vom 1. Mai ab zu vermieten.

Bergstrasse 5. zwei Treppen hoch ist ein gut gebautes Flügel zu verkaufen.

Breslauerstr. 9. im 3. Stock eine geräumige Stube zu vermieten.

Ein in den königlich preussischen Staaten konfessioniertes und seit längerer Zeit in Bremen etabliertes respektables Auswanderergeschäft sucht für die verschiedenen Provinzen der königlich preussischen Staaten tüchtige Agenten. Gute Referenzen sind erforderlich. Offerten unter **Litt. A. H.** Auswanderer-Zeitung in Bremen.

Der Feuer-Assicuranz-Verein in Altona, gegründet 1830 auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit, dessen letzte den Versicherten gehörte.

Dividende 58 Prozent

betrug, sucht hierorts einen anderen Vertreter für seine hiesige Haupt-Agentur, die den ganzen Regierungsbezirk Posen umfasst. Offerten sind an den **Sabdirektor Helbig**, Friedrichsstraße 60. in Berlin, zu richten.

Ein erfahrener Landwirt, deutsch auch polnisch sprechend, mit vorzüglicher Empfehl. verf., erucht, gehörte Herrschaft, um Anprüche einer Stelle für bald oder 1. Juli. Off. sub **P. 45.** in der Exped. dieser Zeitung.

Ein junger Wirtschaftsbeamter sucht von Johanni ab eine Amtmannstellung; seine Atteste sind eingesehen Bergstrasse Nr. 12., zweite Stiege in Posen.

Ein unverheiratheter Diener, welcher mit Pferden gut umzugehen weiß, und gleichzeitig etwas von der Bedienung versteht, kann zum 1. Mai 1867 mit gutem Gehalte placierte werden. Wo? sagt die Expedition dieser Zeitung. Nur gute Bezeugnisse werden berücksichtigt.

Sum 1. Juli c. wird ein erfahrener Wirtschafts-Inspektor (unverheirathet) gesucht, der über seine Fähigung zur Bewirtschaftung eines grössten Gutes sich genügend ausweisen kann. Kenntniss der politischen Sprache erforderlich. - Einige Meldungen beliebe man unter der Chiffre **R. T. Giesen post. rest. einzufinden.**

Ein tüchtiger Gärtner, verheirathet (auch unverheirathet), der Bezeugnisse moralischer, guuter Führung beizubringen vermag, findet jetzt gleich oder zu George d. J. beim Unterzeichneten Stellung. Persönliche Meldungen werden nur berücksichtigt.

Gr. Rybno bei Kiszewo.

Lange.

Ein junges anständiges Mädchen sucht eine Stelle als Gesellschafterin bei einer alten Dame, wöndlich in einer großen Stadt. Auf viel Gehalt wird weniger resektiert als auf eine gute Behandlung.

Gefällige Offerten werden unter der Chiffre **A. N. 24.** post. rest. Fraustadt erbeten.

Eine zuverlässige Wirtschaftschafterin sucht sofort zur selbständigen Führung der Wirtschaftsengagement. Gef. Adr. wird. unter **L. E.** in der Exped. der Posener Zeitung erbeten.

Eine Wirtschaftschafterin aus anständiger Familie sucht sofort Engagement.

Adressen werden unter **S. B.** poste restante Posen erbeten.

Ein junger Mann, der schon längere Zeit im Bureau eines Polizei-Kommissariats gearbeitet, sucht unter soliden Ansprüchen eine Stelle; gefällige Offerten erbittet man in der Expedition dieser Zeitung unter Chiffre **H. Nr. 5.** niedergeschrieben.

Ein Wirtschafts-Inspektor, in gesetztem Alter, verheirathet, militairfrei, gegenwärtig noch aktiv, dem gute Empfehlungen und Bezeugnisse zur Seite stehen, sucht von Johanni c. ab eine anderweitige dauernde Stellung. Güttige Offerten unter **H. P.** poste restante Kosten erbeten.

Einen Lehrling nimmt an **R. Waller**, Schneidermeister, Wilhelmstraße 24.

Offene Stellen.

Für mehrere Inspect., Buchh., Commiss., Lagerverw., Förster, Gärtner, Kassir. u. Kassir. sind noch sehr vord. Stell. sogleich a. sp. zu besetzen. Näheres ertheilt **P. W. Haehre** in Berlin, Blumenstr. 55. Part. links.

Schneidergesellen, tüchtige Rockarbeiter, finden dauernde Beschäftigung bei **C. Ehler**, Markt 72.

Das Domin. **Czarnysad** bei Kożmin sucht vom 1. Juli einen deutschen Hofverwalter. Reflektirende wollen sich fronto melden.

Lotterielose $\frac{1}{1}, \frac{1}{2}, \frac{1}{4}, \frac{1}{8}, \frac{1}{16}, \frac{1}{32}$ ver. bill. **L. G. Ozanski**, Berlin, Janowitzk. 2.

400—1000 Thlr. werden auf ein hiesiges schön gelegenes Grundstück zur 1. Stelle gewünscht. Selbstdarleher belieben ihre Adressen unter **A. Z.** in der Zeitungspedition einzuliefern.

Ein großer brauner Hühnerhund mit grauer Brust ist gestorben abhanden gekommen. Wiederbringer erhält 2 Thaler Belohnung. **Gumprecht**, Breslauerstr. 38.

Für Hopfenbauer.

Im Verlage von Cohen & Risch in Stuttgart ist soeben erschienen und in **B. Behr's** Buchhandlung in **Posen**, Wilhelmstraße (Mylius Hotel), zu haben:

Neueste Anleitung

zum **Ausbau des Hopfens.**

Ein leicht faszilicher Rathgeber für

Jedermann.

Aus 15jährigen praktischen Erfahrungen von **J. W. Schlegel**, Hopfenproducent, Mitglied des landwirtschaftlichen Vereins für Hopfenbau und der Bienenfektion zu Tübingen.

5 Bogen in 8° mit 20 Abbildungen.

Wadenpreis 12½ Sgr.

Allen Dener, welche im Hopfenbau noch ganz unerfahren, gibet obiges Büchlein genaue und vollständige Anleitung; aber auch der erfahrene Hopfenbauer dürfte in der durch und durch praktischen Materialien gefestigt und daher der Gesundheit sehr nachtheilig, wie nachstehender Brief beweist.

Giesenstock, den 3. Mai 1866.
Herrn C. G. Hülsberg in Berlin,
Ritterstraße 76.

Nachdem ich zwei Stückchen Ihrer **Tanin-Balsam-Seife** vorchriftsmäßig verbraucht hatte, bin ich von meinem Leben der Barfleiste, fast vollständig geheilt gewesen. Da kaufte ich **Tanin-Balsam-Seife** aus einer anderen Fabrik, nach deren Anwendung stellte sich aber die Flechte wieder ein; deshalb bitte ich Sie, mir drei Pack. von Ihrer so ausgezeichneten **Tanin-Balsam-Seife** unter Postannahme zu senden.

L. Ludwig, Kantor.

In haben in Originalstücken nebst Gebrauchsweisung à 5 Sgr. bei

Adolph Asch. Posen.

Inserate in sämmtliche existirende Zeitungen werden zu **Originalpreisen** prompt besorgt. Bei grösseren Aufträgen Rabatt. **Announcebureau von Eugen Fort** in Leipzig

Evangelischer Verein der Gustav-Adolf-Stiftung.

Trotz der Ungunst der Seitverhältnisse sind im vorigen Jahre für die bedürftigen Gemeinden unserer Provinz Seiten der auswärtigen Gustav-Adolf-Vereine wiederum sehr reichliche Unterstützungen bewilligt worden. Die Vereine innerhalb der Provinz dürfen nicht zurückliegen und namentlich ist es Sache des Posener Lottervereins, in dieser Beziehung mit gutem Beispiel vorzugehen. Derselbe hat demgemäß in seiner Generalversammlung vom 4. M. beschlossen, die **jährlich nur einmal** vorzunehmende Sammlung von Beiträgen schon jetzt beginnen zu lassen, obgleich das Jahresfest des Provinzialvereins, bei welchem über die Verwendung Beschluss gefasst wird, dies Mal wahrscheinlich erst in der zweiten Hälfte des Monats Juni stattfinden wird.

Die Herren Kanzleirath Barnicki, Lehrer Fries, Fabrikant Gerling, Lehrer Harhausen, Sekretär Hermann, Lehrer Steinbrunn, Oberlehrer Dr. Giesler und Defonome-Kommissionsträger Wendland haben es übernommen, die Beiträge einzusammeln. Diese werden in gedruckte Sammelbücher eingetragen und sollen, den Gesamtsummen nach, demnächst durch die Posener Zeitung bekannt gemacht werden.

Wir richten an unserem Glaubensgenossen hierfür die herzliche und dringende Bitte, daß Alle nach besten Kräften beisteuern wollen. Debe, auch die kleinste Gabe wird dankbar angenommen werden. Wenn alle diejenigen, welche nur wenig geben können, sich die Genugthuung nicht versagen, dennoch ihr Scherlein beizutragen, so werden sie sicherlich auch die Freude haben, zu sehen, wie aus vielen kleinen Beiträgen eine sehr bedeutende Summe entstehen und damit viel Gutes ausgerichtet werden kann.

Posen, den 8. April 1867.

Ernst Rehfeld, Wilhelmsplatz Nr. 1.

Zur prompten Beförderung von **Inseraten** in alle existirenden Zeitungen, Kreisblätter, Zeitschriften empfiehlt sich die **Zeitung-Annonce-Expedition**

von **Rudolf Mosse**, Berlin, Friedrichstraße Nr. 60. Kompletter

Insertions-Tarif pro 1867 gratis.

In unserem Verlage ist soeben erschienen, in

Posen zu beziehen durch

Ernst Rehfeld,

Wilhelmsplatz Nr. 1.

Der Militair-Etat und constitutionelle Doctrin.

2½ Bogen gr. 8. geb. Preis 6 Sgr.

Berlin, 27. März 1867.

Verlag der Kgl. Geheim. Ober-Hofbuchdruckerei (R. v. Decker.)

Der Vorstand des Lokalvereins.

Gestern starb nach langen schweren Leiden meine liebe Frau Emilie geb. Balle im Alter von 52 Jahren. Dies Freunden und Bekannten zur traurigen Nachricht. Die Beerdigung findet Mittwoch Nachmittag 5 Uhr vom Trauer-

haus Magazinstraße 14. aus statt.

Anton Anders, Lapezirer.

Hafer fest, aber wenig belebt. Gefündigt 600 Ettr. Kündigungspreis 28 Et.

Rüböl ermittelte und Preise haben etwas nachgelassen, da keine den Anerbiedungen entsprechende Kauflust vorhanden war.

Spiritus sehr fest und etwas besser bezahlt, schließt jedoch ruhig. Gefündigt 10,000 Ettr. Kündigungspreis 17 Et.

Weizen loko pr. 2100 Pfds. 70—88 Et. nach Qualität, pr. 2000 Pfds. April-Mai 79½ a 1 a 1 Et. bʒ., Mai-Juni 79½ bʒ., Juni-Juli 79½ bʒ., Juli-August 76 bʒ., August-Septbr. 72 bʒ., Septbr. 77½ a 1 bʒ.

Rogg. loko pr. 2000 Pfds. 55½—56½ Et. nach Qualität 5 Et. fein 57½ a 1 bʒ., schwimmend 80½—82 Pfds. 56½ a 1 bʒ., Frühjahr 55½ a 1 bʒ. u. G., ½ Br., Mai-Juni 55½ a 1 bʒ. u. G., ½ Br., Juni-Juli 55½ a 1 bʒ. u. G., ½ Br., Juli-August 53½ a 1 bʒ. u. G., Sept.-Oktbr. 51½ a 1 bʒ. u. G., Br., 52 Br., Oktbr.-Nov. 51 Et.

Gerste loko pr. 1750 Pfds. 42—51 Et. nach Qualität.

Hafer loko pr. 1200 Pfds. 26½—29½ Et. nach Qualität, böhm. 28½ a 1 bʒ. schles. 29 bʒ., Frühjahr 28½ Et. bʒ., Mai-Juni 28½ bʒ., Juni-Juli 29 bʒ., Juli-August 28½ bʒ., Sept.-Oktbr. 27 bʒ.

Erbsen pr. 2250 Pfds. Kochware 54—66 Et. nach Qualität, Butterware do.

Rüböl loko pr. 100 Pfds. ohne Baf 11½ Et. Br., per diesen Monat 11½ a 1/2 bʒ., April-Mai do., Mai-Juni 11½ a 1 bʒ., Juni-Juli 11½ bʒ., Juli-August 11½ a 1 bʒ., Septbr.-Oktbr. 11½ a 1 bʒ.

Leinöl loko 13½ Et. Br.

Spiritus pr. 8000% loko ohne Baf 17½ Et. bʒ., per diesen Monat 17 a 1/2 bʒ., 12 Br., 17 S., April-Mai do., Mai-Juni 17 a 1 bʒ. u. Br., 12 Br., Juni-Juli 17 a 1 bʒ. u. Br., Juli-August 17½ bʒ., 18 Br., 17½ Gd., Septbr.-Oktbr. 17½ a 1 bʒ. u. Br., 12 Gd.

Mehl. Weizenmehl Nr. 0. 5½—5½ Et., Nr. 0. u. 1. 5½—4½ Et., Roggenmehl Nr. 0. 4½—4½ Et., Nr. 0. u. 1. 4½—3½ Et. bʒ. pr. Ettr. unversteuert. Zu vorzuhörenden Preisen nur außerst mäßiges Geschäft. (B. S. B.)

Stettin, 6. April. **An der Börse.** [Amtlicher Börsenbericht.] Wetter trüb und regnig. + 5° R. Barometer: 27. 9. Wind: SW.

Weizen höher bezahlt, loko p. 85 pfds. gelber und weißbunter 88—88 Et., geringerer 72—82 Et., 83—85 pfds. gelber pr. Frühjahr 85½, 86, 85½, 86 bʒ., Br. u. Gd., Mai-Juni 85½ Br., Juni-Juli 85 Br., Septbr.-Oktbr. 78½—3 bʒ. u. Br.

Rogg. wenig verändert, p. 2000 Pfds. loko 53—55½ Et., 1 Ladung 80, 81 pfds. Hinterpommern loko 54 bʒ., Br. ex Dampfer 53 bʒ., pr. Frühjahr 53½ bʒ., Br. u. Gd., Mai-Juni 54 Et., Septbr.-Oktbr. 51 Br.

Gerste loko pr. 70 pfds. Oktbr. 45½—46½ bʒ., Ponim. 47 Br.

Hafer loko pr. 50 pfds. 29—31 bʒ., pr. Frühjahr 47, 50 pfds. 30½ Br.

Erbsen loko Butter- u. Koch. 52½—56½ bʒ., p. Frühjahr Butter. 54 Gd.

Produkten-Börse.

Berlin, 6. April. Wind: NW. Barometer: 27 10. Thermometer: Früh 3°+

Witterung: freundlich.

Die Stimmung für Roggen ist heute wieder recht fest gewesen. Käufer mussten sich durchweg etwas gesteigerten Forderungen fügen. Größeres Umfang hat der Handel indessen nicht erlangt und schließlich ist die Haltung schwächer geworden. Mit Ware ging es heute besser. Loko ist bei beschranktem Angebot nicht viel umgesetzt, aber in schwimmenden Ladungen ist der Verkehr lebendig gewesen.

Weizen ohne wesentliche Änderung. Gefündigt 1000 Ettr. Kündigungspreis 79½ Et.

Körse zu Posen

am 8. April 1867.

Fonds. kein Geschäft.

Rogg. [Scheffel = 2000 Pfds.] pr. Frühjahr 52½, April 52½, Mai-Juni 52½, Juni-Juli 52, Juli-August 50½.

Spiritus [pr. 100 Quart = 8000% Tralles] (mit Baf) gefünd. 12,000 Quart pr. April 16½, Mai 16½, Juni 16½, Juli 16½, August 16½, September 17½.

Heutiger Landmarkt:
 Weizen Roggen Gerste Hafer Erbsen
 82-87 53-58 43-47 26-31 53-57 Rt.
 Heu 20 Sgr. bis 1 Rt., Stroh 6-7 Rt.
 Kartoffeln 18-22 Sgr.
 Rapskuchen 1 Rt. 24 Sgr. bz.
 Rübelau und niedriger, lolo 11 $\frac{1}{2}$ Rt. Br., April-Mai 11 $\frac{1}{2}$, 1 $\frac{1}{2}$ bz.
 u. Gd., Septbr.-Oktbr. 11 $\frac{1}{2}$ bz. u. Br., (gefeiert Nachmittag noch 11 $\frac{1}{2}$ bz.)
 Spiritus wenig verändert, lolo ohne Faz 16 $\frac{1}{2}$ bz. bz., mit Faz 16 $\frac{1}{2}$,
 18 $\frac{1}{2}$ bz., kurze Lieferung ohne Faz 16 $\frac{1}{2}$ bz., Frühjahr 16 $\frac{1}{2}$ bz. u. Br., 16 $\frac{1}{2}$
 Gd., Mai-Juni 16 $\frac{1}{2}$ Br. u. Gd., Juni-Juli 16 $\frac{1}{2}$ Gd.
 Angemeldet: 100 W. Gerste, 1500 Centner Rübelau, 10,000 Quart
 Spiritus.
 Cocosnussöl, 1ma Ceylon 18 Rt. bz.
 Lupinen, gelbe lolo 36 Rt. bz., Widen 50-52 Rt. (Ostl.-Btg.)
Breslau. 6. April. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.]
 Kleeaat rothe ruhig, ordin. 12-13, mittel 14-15, fein 16-17, hochf.
 18-18 $\frac{1}{2}$. Kleeaat weiße, fest, ordin. 18-20, mittel 21-23 $\frac{1}{2}$, fein 25-26, hochf. 27 $\frac{1}{2}$ -28 $\frac{1}{2}$.
 Roggen p. 2000 Pfd. fester, pr. April 55 $\frac{1}{2}$ Gd. u. Br., April-Mai 54 $\frac{1}{2}$ Gd., Mai-Juni 54 $\frac{1}{2}$ Gd. u. Br., Juni-Juli 54 bz. u. Gd., Juli-August 52 $\frac{1}{2}$ Gd., Septbr.-Oktbr. 48 $\frac{1}{2}$ Br.
 Weizen pr. April 74 Br.
 Gerste pr. April 50 $\frac{1}{2}$ Br.
 Hafer pr. April 47 Gd., pr. Mai 47 bz. u. Gd.
 Raps pr. April 92 Br.
 Rübelau ruhig, gel. 100 Ctr., lolo 10 $\frac{1}{2}$ Br., pr. April und April-Mai 10 $\frac{1}{2}$ Br., Mai-Juni 10 $\frac{1}{2}$ Br., Aug.-Septbr. 11 $\frac{1}{2}$ bz., Septbr.-Oktbr. und Oktbr.-November 11 $\frac{1}{2}$ Br.
 Spiritus fest, lolo 16 $\frac{1}{2}$ Gd., 17 Br., pr. April und April-Mai 16 $\frac{1}{2}$ Gd., Mai-Juni 17 Br., Juni-Juli 17 $\frac{1}{2}$ Gd., Juli-August 17 $\frac{1}{2}$ Gd.
 Bink unverändert.
Die Börsen-Kommission.

Preise der Cerealien.
 (Bestellungen der polizeilichen Kommission.)

Breslau, den 6. April 1867.

	feine	mittel	ord. Waare.
Weizen, weißer	94-96	90	82-85 Sgr.
do. gelber	91-94	88	82-85
Roggen	—	70	69 68
Gerste	57-59	53	50-52
Hafer	36-37	35	— 34
Erbsen	65-68	62	54-58

Ausländische Fonds.	
Dest. Metalliques	5 45 $\frac{1}{2}$ G
do. National-Anl.	5 54 $\frac{1}{2}$ bz
do. 250fl. Präm. D. 4	60 G
do. 100fl. Kreis. Loosse	65 $\frac{1}{2}$ bz u G
do. 500fl. Loosse(1860) 5	66 $\frac{1}{2}$ bz
do. Pr.-Sch. v. 1864	41 $\frac{1}{2}$ G
do. Silb. Anl. 1864	59 $\frac{1}{2}$ G
Italienische Anleihe	52 $\frac{1}{2}$ -52 $\frac{1}{2}$ bz
5. Stieglitz Anl.	50 bz
6. do.	57 bz
Englische Anl.	86 $\frac{1}{2}$ bz
N. Russ. Engl. Anl.	53 $\frac{1}{2}$ bz
do. v. J. 1862	85 $\frac{1}{2}$ bz
do. 50, 52 conv. 4	90 bz
do. 1853 4	90 G
do. 1862 4	90 G
Präm. St. Anl. 1855 3 $\frac{1}{2}$ 120 $\frac{1}{2}$ bz	91 bz
Staats-Schuldfl.	82 $\frac{1}{2}$ bz
Kurz-Neum. Schuld	—
Berl. Stadt-Dvl.	5 104 bz
do. do.	49 $\frac{1}{2}$ bz
do. do.	82 bz
Berl. Börsen-Dvl.	101 $\frac{1}{2}$ bz
Kurz. 78 $\frac{1}{2}$ B	78 $\frac{1}{2}$ B
Märkische	81 $\frac{1}{2}$ B
Ostpreußische	77 $\frac{1}{2}$ G
do. 84 $\frac{1}{2}$ bz 4 $\frac{1}{2}$ % 92	84 $\frac{1}{2}$ bz
Pommersche	78 bz
do. neue	83 $\frac{1}{2}$ bz
Pojensche	—
do.	—
do. neue	87 $\frac{1}{2}$ bz
Schlesische	86 $\frac{1}{2}$ G
do. Litt. A.	4
Westpreußisch	77 bz
do. 48 $\frac{1}{2}$ bz	83 $\frac{1}{2}$ bz
do. neue	83 $\frac{1}{2}$ bz
do. do.	91 $\frac{1}{2}$ bz
Kurz. Neumärk.	90 bz
Pommersche	90 B
Pojensche	89 $\frac{1}{2}$ B
Preußische	88 $\frac{1}{2}$ bz
Rhein.-Westf.	94 $\frac{1}{2}$ bz
Sächsische	90 $\frac{1}{2}$ bz
Schlesische	91 $\frac{1}{2}$ bz

Die Börse war heut matt, die schlechten Pariser und Wiener Kurse verhinderten und bewirkten Kursherabsetzungen zunächst in den von jenen Börsen abhängigen Papieren, aber auch Eisenbahnen wurden afficiert, da die höheren Kurse der letzten Tage viele Verkaufsordnungen hervorgebracht und das Angebot überwiegend blieb. Das Geschäft war beschränkt, östr. Sachen in mäßigen Verkehr, Amerikaner still und fest, Italiener still und matter. Von Bahnen waren Nordbahn belebt; Rechte Oderuferbahn-Stammprioritäten wurden heute von der Seehandlung an den Markt gebracht und in Posten mit 98 $\frac{1}{2}$ gehandelt und blieben zuletzt noch über Notiz zu lassen. — Preußische Fonds fest und belebt; Wechsel in gutem Verkehr. — Rumäniener 66 G.

Hessische Prämienscheine a 40 Thlr. 55 gem. Nordbahn Friedr. Wilh. 91 $\frac{1}{2}$ a $\frac{1}{2}$ gem. Löbau-Zittau 40 $\frac{1}{2}$ a 41 gem. Destr. Franz. Staatsb. 108 a 107 $\frac{1}{2}$ gem. Destr. südl. Staatsb. Lomb. 106 $\frac{1}{2}$ a $\frac{1}{2}$ a $\frac{1}{2}$ gem. Destr. Franz.

Staatsbahn (Prior.) neue 225 bz. Ital. Anleihe 52 $\frac{1}{2}$ a 52 a $\frac{1}{2}$ gem. Amerikaner 79 a 78 $\frac{1}{2}$ gemeldet.

Breslau. 6. April. Die Börse war fest und sowohl für Fonds als Eisenbahnaktien günstiger gestimmt.

Italiener und Amerikaner bei steigender Tendenz in lebhaftem Verkehr.

Schlusnkste. Destr. Kredit-Bantafften 70 $\frac{1}{2}$ -71 bz. Destr. Loosse 1860 66 $\frac{1}{2}$ B. do. 1864 41 $\frac{1}{2}$ B. Reichenbach.

Wardub. Pr. 71 $\frac{1}{2}$ B. Bayrische Anleihe 97 G. Amerikaner 78 $\frac{1}{2}$ -79 $\frac{1}{2}$ bz u G. Schles. Bankverein 114 G. Breslau.

Schweidn.-Freiburger 137 G. do. Prior. Oblig. 87 $\frac{1}{2}$ G. do. do. Lit. E. 94 G. Köln-Mindener Prior. 4. Em. —. Neisse-Brieger 99 $\frac{1}{2}$ B. Oberschl. Lit. A. & C. 1861 4 B. do. Lit. B. 159 B. do. Prior. Obligation 79 $\frac{1}{2}$ G. do. do. 94 $\frac{1}{2}$ B. do. do. Lit. E. 87 $\frac{1}{2}$ B 87 $\frac{1}{2}$ G. do. Lit. G. 94 $\frac{1}{2}$ B. Oppeln-Tarnowitz 73 $\frac{1}{2}$ bz.

Rosel-Oderberg 59 B. Friedr. Wilh.-Nordbahn. — Distrikts-Komm.-Anl. —

Frankfurt a. M., 6. April. [Börsenbericht.] Die verschlossene Börsenwoche verkehrte in ziemlich gedrückter Stimmung für östr. Fonds und verdiente diesmal die weichende Bewegung um so mehr Beachtung, als der Impuls nicht von Wien, sondern von Berlin ausging, welches gegenwärtig den Brennpunkt Deutschlands bildet; als augenscheinlicher Grund der Mattigkeit diente die Luxemburger Frage, über welche die Börse immer noch nicht ganzlich beruhigt ist, wenn schon die Woche etwas seifer schließt.

Mobilier 163-168, 1860er Loosse 65 $\frac{1}{2}$ -67 $\frac{1}{2}$, 1864er Loosse 73 $\frac{1}{2}$ -71, Kreditloose nach Biebung 117, Bank-Aktien 668-659, National 53 $\frac{1}{2}$ -52 $\frac{1}{2}$, Steuerfreie Metalliques 48-47, Engl. Metall. vom Jahre 1859 61 $\frac{1}{2}$ -60.

Amerikaner hielten sich in festler Haltung, wenngleich auch sie vorübergehend von der Mattigkeit östr. Papieren in Mitleidenschaft gezogen wurden, 77 $\frac{1}{2}$ -78 $\frac{1}{2}$.

Staatsbahn-Prioritäten angeboten 48 $\frac{1}{2}$ -48, Lombardische 45 $\frac{1}{2}$ -44 $\frac{1}{2}$, Livornese stark am Markte 33 $\frac{1}{2}$, schließen 30 $\frac{1}{2}$.

Süddeutsche Papiere ebenfalls ausgeboten. 4 $\frac{1}{2}$ % Badische 95 $\frac{1}{2}$ -94 $\frac{1}{2}$, Bayr. Grundrenten 91 $\frac{1}{2}$ -90 $\frac{1}{2}$, Bayr. Prämien-Anleihe 98 $\frac{1}{2}$ -97 $\frac{1}{2}$, Bayr. Ostbahn 117-116, 4 $\frac{1}{2}$ proz. Preußen weichend auf das Neue Preußen. Anlehen 100-99 $\frac{1}{2}$, Preu. Prämien-Anleihe 119-120.

Amsterdam 100 $\frac{1}{2}$ - $\frac{1}{2}$, London 119 $\frac{1}{2}$ - $\frac{1}{2}$, Paris 94 $\frac{1}{2}$ - $\frac{1}{2}$, Hamburg 88 $\frac{1}{2}$ - $\frac{1}{2}$, Wien weichend 91 $\frac{1}{2}$ -91.

Bayrische Loosse 53 $\frac{1}{2}$ -52 $\frac{1}{2}$, Nossauer 35-35 $\frac{1}{2}$, Kurhessische 54 $\frac{1}{2}$, Darmstädter 50 Loosse 142 $\frac{1}{2}$, Schweidn. Loosse Thlr. 10. Freiburger 6 $\frac{1}{2}$, Mailänder Francs 10 Loosse 4:21. Amsterdamer 50 Loosse 6 $\frac{1}{2}$ -6 $\frac{1}{2}$.

Vergleichungs-Tabelle.

Am 31. März.	Am 6. April.
Dest. Bankaktien	668
Kreditaktien	168
National	53 $\frac{1}{2}$
Loosse von 1860	67
1864	73 $\frac{1}{2}$
60% Amerika	78 $\frac{1}{2}$
Wechsel auf Wien	91 $\frac{1}{2}$
Engl. Metall. v. J. 1859	61 $\frac{1}{2}$
Steuerfreie Metalliques	48

Gebrüder Pfeiffer.

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Kommission zur Feststellung der Marktpreise von Raps und Rüben.

Raps 200 190 170 Sgr.

Rüben, Winterfrucht 190 180 160 p. 150 Pfd. Brutto.

do. Sommerfrucht 160 150 140 p. 150 Pfd. Brutto.

Dotter 158 148 138 p. 150 Pfd. Brutto.

(Bresl. Hdls. Bl.)

Magdeburg. 6. April. Weizen 79-81 Rt., Roggen 58 $\frac{1}{2}$ -60 Rt., Gerste 47-52 Rt., Hafer 28-29 $\frac{1}{2}$ Rt.

Kartoffelspiritus. Lokoware schwach gefragt, Termine ruhig. Loko ohne Faz 17 $\frac{1}{2}$ bz. rt. pr. April, April 17 $\frac{1}{2}$ Rt., Mai-Juni 17 $\frac{1}{2}$ Rt., Juli-August 18 $\frac{1}{2}$ Rt. pr. 8000 p. C. mit Uebernahme der Gebinde a 1 $\frac{1}{2}$ Rt. pr. 100 Quart.

Rübenspiritus behauptet. Loko 16 $\frac{1}{2}$ Rt., pr. April und Mai 16 $\frac{1}{2}$ Rt. (Magdb. Btg.)

Bromberg. 6. April. Wind: SW. Witterung: veränderlich. Morgen 1° Wärme. Mittags 5° Wärme.

Weizen 124-128 Pfd. holl. (81 Pfd. 6 Lth. bis 83 Pfd. 24 Lth. Sollgewicht) 69-74 Thlr., 129-131 Pfd. holl. (84 Pfd. 14 Lth. bis 85 Pfd. 13 Lth. Sollgewicht) 76-80 Thlr. Feinst. Qualität 2 Thlr. über Notiz.

Roggen 122-125 Pfd. holl. (80 Pfd. 16 Lth. bis 81 P